

Bezugspreis:

Einzelheft 10.- M., monatlich 30.- M., vierteljährlich 90.- M., halbjährlich 180.- M., jährlich 360.- M. ...

Telegraphische Adresse: Sozialdemokrat Decala

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 10. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Entscheidungsstag: heute!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss haben gestern nach gemeinsamer Beratung in getrennter Abstimmung übereinstimmend folgende Entschliessung angenommen:

Die Annahme des Ultimatums hat nur dann einen Zweck und die Befehung des Ruhrreviers ist nur dann zu verhindern, wenn die bayerische Regierung die vorbehaltlose Erklärung abgibt, die Einwohnerwehren rechtzeitig, d. h. bis zum 30. Juni, zu entwaffnen und aufzulösen. ...

Die von Partei- und Fraktionsvorstand eingebrachte Entschliessung entspricht der fast einmütigen Auffassung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses. Ein Vorschlag für Ablehnung des Ultimatums einzutreten, lag zur Beschlussfassung überhaupt nicht vor. ...

Über die Stimmung in den Reichstagsparteien kann mit beinahe voller Bestimmtheit gesagt werden, dass die Möglichkeit, eine Ablehnungsmehrheit zu bilden und auf sie eine Ablehnungsregierung zu gründen, nicht vorhanden ist. ...

Die Bildung dieser neuen Regierung muß rasch erfolgen. Nach französischer Auffassung läuft der Termin des Ultimatums in der Nacht vom 11. zum 12. Mai um 12 Uhr ab. ...

Daraus ergibt sich, daß noch im Laufe des heutigen Tages die neue Regierung gebildet werden muß, daß noch im Laufe des heutigen Tages der Reichstag in einer Vollsitzung dieser Regierung die verfassungsmäßigen Vollmachten erteilen muß. ...

Gestern Abend um 9 Uhr wußte man im Reichstag noch nicht, wie die neue Regierung, die heute vor den Reichstag treten muß, aussehen wird. ...

Die Geschichte der Deutschen Volkspartei in den letzten Tagen ist reich an heftigen inneren Schwankungen. Bekanntlich hatten sich in den Reihen dieser Partei schon vor mehreren Tagen zwei Strömungen gebildet. ...

manns im Plenum, mit ihren eindringlichen Schlussbemerkungen über die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens zwischen Stinnes und Loucheur, bekräftigten nur die Auffassung, daß die Volkspartei zumindest nicht einheitlich für die Ablehnung eintreten würde.

Nun galt allerdings bisher der unter Führung von Stinnes stehende rechte Flügel der Deutschen Volkspartei als Gegner der Unterzeichnung. Die Sprache der „Täglichen Rundschau“, die ja bekanntlich den volksparteilichen Abgeordneten Rippler zum Chefredakteur hat, sowie gar der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ließ eher darauf schließen, daß die Volkspartei unter Anlehnung an die Deutschnationalen dennoch für ein „Rein“ mit allen seinen Folgen und Gefahren eintreten würde. ...

Zwischen Sonnabend und Montag scheint sich aber in den volksparteilichen Reihen ein bedeutender Stimmungsumschwung vollzogen zu haben. War dabei die Erkenntnis ausschlaggebend, daß eine Ablehnung den sicheren Verlust Oberschlesiens nach sich ziehen würde, oder war dies eine Folge von Besprechungen, die der Reichstagskandidat Stresemann, wie mit Bestimmtheit im Reichstag verlautet, mit Abgeordneten des Herrn Loucheur gehabt haben soll?

Sicher ist, daß nach diesem Meinungswechsel abermals starke Schwankungen folgten. Ein nicht unerheblicher Teil der Partei agitiert lebhaft für eine Politik, die Deutschland in die furchtbarste Katastrophe hineinzutreiben droht, und die nur den einzigen Vorteil hat, daß die Deutsche Volkspartei mit Aussicht auf Erfolg die Konkurrenz mit den Deutschnationalen im demagogischen Wählergang aufnehmen könnte.

Diese Richtung spekuliert so: Da kein vernünftiger Mensch wollen kann, daß die Franzosen am Donnerstag im Ruhrrevier sind, würde sich schon irgendeine Regierung finden, die das Ultimatum annimmt. Die Deutsche Volkspartei könnte dann über diesen Entschluß den national Entrüsteten markieren, und die Regierung, und die Parteien vor der Öffentlichkeit schonungslos herunterreißen, die aus dieser furchtbaren Situation einen letzten Ausweg gefunden haben. ...

Die Spekulation jener Richtung in der Deutschen Volkspartei ist aber falsch. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß es nur dann in eine Annahmeregierung eintreten kann, wenn ihm seine bisherigen Weggefährten in der Regierung, Deutsche Volkspartei und Demokraten, auch auf der gefährlichsten Wegstrecke die Treue halten. ...

Das Rein der Deutschen Volkspartei und der Demokraten würde also Deutschlands Schicksalentscheiden, es würde ein Todesurteil für das deutsche Volk und das Deutsche Reich sein. Und so bleibt uns für diesen Augenblick nur die Hoffnung übrig, daß diesen Parteien in der eben verflochtenen Entscheidungsnacht das Gewissen geschlagen haben möge. ...

Kahr lenkt ab.

Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr hatte am Sonntag mit dem Vertreter eines rechtsstehenden Nachrichtenbureaus über die politische Lage eine Unterredung, in der Kahr die Situation als unübersichtlich und äußerst ernst bezeichnete. ...

Bayern bezeichnete der Ministerpräsident als haktlose und unsinnige Kombinationen.

Herr v. Kahr ist im Irrtum. Die „Kontinentalpolitiker“ stehen mit ihrer Beurteilung des bayerischen Einwohnerwehrrummels durchaus nicht allein. Man kann die Kontinentalpolitik für völlig verfehlt halten — eine Auffassung, die der „Vorwärts“ wiederholt zum Ausdruck brachte — und dabei doch mit aller Entschiedenheit die schnelle Auflösung der Einwohnerwehren fordern. ...

Gutachten Mayers und Bergmanns.

W.B. meldet: Der Reichstagsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten trat gestern Abend zu einer Sitzung zusammen, die ebenso wie die vorherigen einen rein informativ Charakter trug. Zu diesem Zwecke hatten außer den Mitgliedern des Ausschusses auch alle anderen Abgeordneten Zutritt, für die aber ebenfalls das Schweigegebot galt. ...

In den späten Abendstunden tagten außerdem fast alle Fraktionen, jedoch ist es zu einer positiven Stellungnahme für oder gegen das Ultimatum bisher noch nicht gekommen.

Das Zentrum baut vor.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Dem Zentrum ist wohl nicht verborgen geblieben, daß weder im Reich noch in Preußen die derzeit bestehende Regierungskoalition einen übermäßig langen Bestand haben dürfte. ...

Unter diesem Gesichtswinkel scheint auch der bevorstehende Wechsel in der Leitung der wichtigsten amtlichen Pressestelle des Reichs, nämlich in der des Auswärtigen Amtes, die, wie man weiß, auch die Pressegeschäfte der Reichskanzlei erledigt, zu beurteilen sein. ...

Als sein Nachfolger soll der Ministerialrat Egbring aus dem Reichsernährungsministerium in Frage kommen. Herr Egbring ist ein hervorragender Politiker des Zentrums, der auch einige Zeit lang Sekretär der Reichstagsfraktion gewesen ist. ...

Gegenaktion der französischen Arbeiter.

Paris, 9. Mai (W.B.) Das von dem Kongress der Geschädigten aus den verminteten Gebieten am 22. April in Paris eingesezte Aktionskomitee ist gestern hier zusammengetreten. Die Vertreter der Departements Somme, Pas-de-Calais, Nord, Meuse, Aisne und Marne haben die Zustimmung der Bevölkerung ihrer Bezirke zum Wiederaufbauplan des Allgemeinen Arbeiterverbandes, d. h. zur Verwendung deutscher Arbeitskräfte und Materiallieferungen zum Ausdruck gebracht. ...

Paris, 9. Mai. (W.B.) Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ meldet auch aus Limoges und Belfort Kundgebungen gegen die Mobilisierung, die in Belfort trotz Verbotes des Präfekten stattgefunden haben.

Entenserecht. Die „Libre Belgique“ mitteilt, hat der Botschafterrat endgültig beschlossen, daß der Bahnhof von Herbesthal belgisch bleibe. Damit ist also das deutsche Verlangen abgelehnt worden.

Kommunistischer Nationalismus.

Die „Rote Fahne“, die stets doppelzünftig wird, sobald sie sich an Polizei oder Soldaten wendet, bringt in ihrer Montag-Abendausgabe folgenden seltsamen Aufruf:

Krieg! Mobilisierung! — Soldaten!

Die Regierung will die Reichswehrsoldaten gegen den ober-schlesischen Aufruhr mobilisieren.

Die Regierung heuchelt, daß die Reichswehrsoldaten die deutsche Nation, das deutsche Vaterland verteidigen müssen. Die Wahrheit ist die, daß die Reichswehrsoldaten die Interessen der deutschjüdischen Grubenbesitzer und „christlichen“ Junker verteidigen sollen.

Die Reichswehrsoldaten sind Söhne deutscher Bauern, Landarbeiter und Arbeiter. Die Lustschleichen in Oberschlesien sind deutsche und polnische Bauern, Arbeiter und Landarbeiter.

Warum sollen die Söhne deutscher Bauern, Landarbeiter und Arbeiter die Aufrührerbewegung von deutschen und polnischen Bauern- und Arbeitermassen niederschlagen?

Reichswehrsoldaten! Der Krieg, den die Regierung jetzt plant, ist nicht ein Krieg der deutschen Nation, geht nicht ums deutsche Vaterland. Es ist ein Krieg der Kapitalisten, Generale und Junker.

Reichswehrsoldaten! Wollt ihr für deutschjüdische Kapitalisten, „christliche“ Junker und menschenfressende Generale kämpfen?

Fortwährend redet dieser Aufruf von Vaterland und Nation in dem Sinne, daß dies Güter sind, für die man als Soldat wohl kämpfen dürfe. Man braucht aber nur von der zweiten Seite der „Roten Fahne“, auf der dieser Aufruf prangt, zur dritten überzugehen, um folgenden Satz zu finden:

Und dies ist der einzige Weg: Nieder mit allen bürgerlichen Vaterländern! Höher als sie steht die Revolution.

Deutscher konnte wohl die „Rote Fahne“ ihre eigene Heuchelei nicht illustrieren. Aber noch eins fällt uns auf: Als vor einigen Wochen im Preussischen Landtag ein sozialdemokratischer Redner einen harmlosen Witz über den kommunistischen Abgeordneten und Redakteur der „Roten Fahne“ Werner Scholem machte, da tobte die „Rote Fahne“ tagelang über „sozialistischen Antisemitismus“. Herr Scholem selbst aber scheint neuerdings in diesem Punkt anders zu denken. Er vertritt es wenigstens sehr gut, in der „Roten Fahne“ die antisemitischen Instinkte der Reichswehrsoldaten aufzufassen, wie sein mehrfacher Hinweis auf deutschjüdische Kapitalisten zeigt. Doch, Bauer, das ist ganz was anders. . . .

Wird der „Vorwärts“ die Stirn haben . . . ?

Im Anschluß an ihre Beschlagnahme, über die wir berichteten, hebt die „Rote Fahne“ in folgenden Tönen gegen die Sozialdemokratie und den „Vorwärts“:

Was haben die sozialdemokratischen Arbeiter dazu zu sagen, daß dies alles im Auftrag ihres Parteigenossen, des Polizeipräsidenten Richter, geschieht? Wird der „Vorwärts“ die Stirn haben, das Vorgehen Richters in Schutz nehmen, oder wird er nach demütigtem Ruffest schamhaft darüber schweigen?

Wir haben die Stirn. . . . Wir haben die Stirn, den Arbeitern zu sagen, daß sie wieder einmal von der „Roten Fahne“ schamlos belogen werden. Die Beschlagnahme geschah keineswegs im Auftrag des Polizeipräsidenten Richter, sondern, wie die „Rote Fahne“ sehr gut weiß, aber ihren Lesern geistlich verschweigt, auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft. Im Verhältnis zu dieser ist die Polizei nur ausführendes Hilfsorgan, der nicht das Recht zusteht, die Anordnungen des Staatsanwalts nachzuprüfen. Wir haben also alle Ursache, den Genossen Richter gegen die ungehemmte Verleumdungsjucht der „Roten Fahne“ auf das Nachdrücklichste in Schutz zu nehmen.

Wende.

Von H. Matthäus Beder.

Und dennoch, Freunde, es ist eine Lust zu leben! Es mag Psychiater geben, die mich einzig auf Grund dieses Satzes für einen bedenklichen Fall erklären würden. Die Diagnose sei ihnen großmütig verziehen.

Aber sicher gibt es auch andere, die der Satz stutzig macht. Ich denke nicht an jene, die mit dem Zeigefinger an die Stirn und dann auf jeden Bolzer tippen, der den Titel trägt: „Der Untergang des Abendlandes.“ Was schiert mich der düstere Oswald, und was kann ich dafür, daß noch kein Dichter uns den „Hymnus an die Zeit“ geschenkt hat!

Ich denke vielmehr an die Tausende und aber Tausende unserer Brüder und Schwestern, die durch die Notjahre zermürdet und verbittert sind. Rein, ihr Mühseligen, mit Entbehrung und Jammer beladenen, das Huttenwort soll hier gewiß nicht im Schieberflanz mißbraucht werden.

Seht, diese Zeit ist Grenzland zweier Welten, einer versinkenden, nein schon versunkenen, und einer frühroten neuen Zeit. Es ist eine Zeit voll abgrundtiefer Verworfenheit, aber auch eine Zeit voll höchster Verheißung.

Wer die Herzen unseres Volkes und zumal die Herzen der Jugend kennt, weiß um das Hehre dieser Zeit. War der Drang nach Entlastung aller geistigen Kräfte so stark wie in dieser Stunde? O das ist eine alte Geschichte, sagen manche, daß die Menschen in Notzeiten noch einen Halt, nach Trost und seelischer Aufstärkung suchen. Und dabei denken sie wohl im stillen: Wohl's gut sein, der aufregende Zustand wird zu seiner Zeit schon wieder ein Ende haben.

Die guten Leuten werden sich wundern. Der Bildungsdrang der Massen ist etwas anderes als Latenzsucht nach Traktatenspektakeln. Er ist die natürliche Folge der Ummäzung in Technik und Wirtschaft, deren Zeugen die letzten Generationen gewesen sind. Die Erkenntnis des Wertes der eigenen Arbeit war für freudiges Schaffen allezeit noch die wichtigste Voraussetzung. Im Zeitalter der unausgeübten Arbeitsmethoden brauchte man diese Erkenntnis nicht mühsam zu suchen. Im Zeitalter des spezialisierten Kleinbetriebes aber war die Bedeutung, die selbst die kleinste Teilverrichtung für das Gedeihen des Gesamtwerkes hat, ohne Begreifen der technischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht erfassbar. Unser wertvolles Volk wollte am Arbeitsprozeß nicht nur mit den Muskeln, sondern mit Herz und Hirn Anteil haben. Es sehnte sich nach Befreiung jenes seelischen Zwiespalts, dessen letzte Ursache die Komplizierung unserer Arbeitsmethoden war. So erscheint der Bildungsdrang als regulierender Faktor, als eine auf dem Wege des historischen Materialismus erklärbare Zwangsnotwendigkeit.

Ein neuer Typ des wertvollen Menschen wollte sich bilden, als die technischen und ökonomischen Verhältnisse neue, verwickeltere Formen annahmen. Der alte Staat wollte zwar die

Untersuchung der Märzunruhen.

Der vom Preussischen Landtag eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Märzunruhen hielt am Montag nachmittags eine Sitzung ab zwecks Entgegennahme des Berichtes der Regierung, der vom Staatskommissar für die öffentliche Ordnung Dr. Weismann und Regierungsrat Dr. Abegg erstattet wurde. Die beiden Regierungsvertreter gaben eine kurze Uebersicht über Ursachen und Verlauf der Märzunruhen. Aus den Ausführungen Dr. Weismanns ist hervorzuheben, daß eine organisierte Rote Armee weder in Mitteldeutschland noch sonstwo existiert. Das hat der Verlauf der Märzunruhen deutlich ergeben, die nirgends zum Auftreten einer solchen Armee, sondern nur zur Bildung einzelner Bänder geführt haben. Staatskommissar Weismann unterstrich ferner, daß die Mitte März in einer Sitzung zu Wersbunz beschlossene Volksgewalt nicht die Beteiligung irgendwelcher politischen Pläne der Kommunisten zum Ziel hatte, sondern sich tatsächlich gegen die Zunahme des Verbrechertums richtete, das allein im Reuma-Wert durch systematischen Diebstahl einen

Schaden von drei Millionen Mark

verursacht hat. Die Verkeimung wurde sogar durch Streik gezwungen, die zur Bekämpfung der Diebstähle eingerichtete Kontrolle wieder aufzuheben. Nur gegen solchen und ähnlichen Terror sollte die Aktion der Märzunruhen sich richten. — Ministerialrat Dr. Abegg setzte auseinander, warum eine stärkere Verhinderung von Schuppelzügen in das Aufstandsgebiet nicht möglich war. Der Einsatz von Reichswehr hätte die

Bandenbildung nicht mit Sicherheit verhindern können.

Die Nichtentfaltung der Reichswehr ist übrigens in gemeinsamer Sitzung mit der Reichsregierung von dieser ziemlich einstimmig beschlossen worden.

An diese Vorträge schloß sich eine lange Aussprache, die namentlich den Umfang der vorzunehmenden Beweiserhebung betraf. Von Vertretern der Rechtsparteien wurden die weitestgehenden und mannigfaltigsten Beweisanträge, zum Teil auch über Fragen gestellt, die nur lose mit dem Aufruhr zusammenhängen. Schließlich einigte sich der Ausschuss dahin, daß die beiden Berichterstatter Dr. v. Dyrander (Dnat.) und Dr. Viehnecht (U.Soz.) das gesamte Material prüfen und alsdann dem Ausschuss weitere Vorschläge unterbreiten sollen.

Sowjetjustiz.

Helsingfors, 9. Mai. (EP.) Nach offiziellen russischen Meldungen sind im ganzen an 7000 Personen wegen Teilnahme an dem Kronstadt-Aufbruch hingerichtet worden. Darunter befinden sich gegen 1500 Frauen und Kinder, welche Lebensmittel und Munition nach der Festung geschleppt haben.

Entspricht diese Meldung auch nur annähernd der Wahrheit — und nach den bisherigen Erfahrungen mit Sowjet-Rußland haben wir keinerlei Anlaß, sie als unglaubwürdig zu bezeichnen —, so erscheint das Wüten der deutschen Sondergerichte in einem geradezu harmlosen Lichte neben der Sinowjewischen Justiz.

Ueberschrittene Kompetenzen.

Der Provinziallandtag der Provinz Pommern nahm, wie von uns mitgeteilt, am 29. April mit 41 gegen 22 Stimmen den Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an, monach er an die preussische Staatsregierung die Forderung richtet, die Stellen der politischen Beamten der Provinz, insbesondere den Posten des Oberpräsidenten, in einer dem Willen der Wählerschaft gerecht werdenden Weise anderweitig zu besetzen.

Wie hierzu omflich mitgeteilt wird, überschreitet dieser Beschluß die Befugnisse des Provinziallandtages, wie sie im § 43 der Provinzialordnung niedergelegt sind. Hiernach ist der Provinziallandtag nur befugt, Anträge und Beschwerden in kommunalen Angelegenheiten der Provinz an die Staatsregierung zu richten, nicht aber darüber hinaus in anderen Fragen, insbesondere in der Frage der Besetzung der Stellen der politischen Beamten der Provinz sich an die Staatsregierung zu wenden. Auch in Artikel 86 der Verfassung Preußens findet der Beschluß des Provinziallandtages keine Stütze. Dieser Artikel gibt nur dem Provinzialauschuss, nicht dem Provinziallandtage eine gewisse

Entwicklung der Verhältnisse, aber nicht die der Menschen. Er wollte mit der Natur kompromittieren. Und er hat sich banterott kompromittiert.

In dieser Analogie der alten Gemalten in ihrem Widerstreben gegen das Werden des kulturellen Ueberbaues einer neuen Zivilisationsepoche liegt etwas von der Tragik des Greisenalters, von der kindischen Verständnislosigkeit jenseitiger Menschen gegen alles Neue, zuvor nicht Dagewesene.

Wir haben, wenn auch in kleinerem Format, schon einmal ganz Ähnliches erlebt. Wie war es doch damals, als Bonaparte den morschen preussischen Staat zerbrach? Hieß es später nicht selbst in bazillensreien Geschichtswerken, jene Katastrophe habe kommen müssen, weil man den friederizianischen Militärstaat für den Gipfel der Vollkommenheit und jeden Reformvorsatz für Todlünde hielt? Und der Zusammenbruch, dessen Zeugen wir waren? Hatte er seine letzte, wesentlichste Ursache nicht ebenfalls in Erstarrung und veraltetem Drill? In einem Drill, dem das Kriegstier als idealer Menschentyp erschien? Mit Bildungsmitteln, die in dem Agrarstaat, der Deutschland noch vor zwei Menschenaltern gewesen war, ihre Aufgabe zur Not erfüllten, wollte man den Ansprüchen eines Industriestaates genügen, das höchst qualifizierte Arbeit für den Weltmarkt leisten sollte. Man war entzückt, wenn man von Zeit zu Zeit dem braunen Speiser eine Statistik darüber vorlesen konnte, wie winzig bei uns im Gegensatz zu Rußland und Italien der Promille-satz der Analphabeten war. Bescheidene Gemüter!

Nun, es hat immer Leute gegeben, die aus der Geschichte nichts zu lernen verstanden. Und es wäre sträflicher Optimismus, wollte man glauben, es sei durch den Zusammenbruch hierin besser geworden. Um nicht diese heute schon so, als ob umgekehrt der Krieg die Folge der Revolution gewesen wäre? Es sind die politischen Musterkünstler von gestern, deren Platz schon längst die Geisbahn hätte sein sollen.

Der Schuerverband deutscher Schriftsteller, der am 8. Mai in Berlin seine Hauptversammlung abhielt, hat ein erfreuliches Wachstum aufzuweisen. Auch international sucht er Anschluss; es wird die Bildung einer internationalen Arbeiterschaft erstrebt. Die Arbeitsgemeinschaft geistiger Arbeit hat in Deutschland schon festere Form angenommen. Der Schuverband ist gegen das von Verlegern geplante Zwangsartikell der Schriftsteller. Die Beteiligung der Schriftsteller am Balatagewinn des Buchhandels wird energisch gefordert. Das Hauptziel des Verbandes ist zurzeit die Reichskulturabgabe. Eingehend erörtert wurde die Frage der Schriftstellergewerkschaft. Nur der gewerkschaftliche Geist des Zusammenhaltens soll die Schriftsteller verbinden, von Nachahmung gewerkschaftlicher Formen wird grundsätzlich abgesehen. In den Vorstand wurden neu gewählt: Bernhard Kellermann als 1. und Theodor Heuß als 2. Vorsitzender.

Das kostbarste Werk altmeisterlicher Porzellane, das berühmte Brühlsche Schwanenservice, steht seit kurzem vollständig in der Dresdener Porzellanfabrikation. Während bisher die Kunstgewerbetreuer von Berlin und Dresden einige Proben des Services, das sich im Kleinbesitz der Bräutigam-Bräutlichen Familie befindet, hatten

zur Verfügung, und zwar nur bei der Frage der Erneuerung von bestimmten politischen Beamten, nicht aber bei der Frage, ob diese Beamten, wenn sie einmal ernannt sind, im Amt verbleiben sollen oder nicht.

Abgesehen von der juristischen Seite kann die Stellungnahme des Provinziallandtages aber auch aus politischen Gesichtspunkten nicht gebührend werden. Selbstverständlich bedürfen die leitenden Beamten einer Provinz des Vertrauens meisteier Kreise der Bevölkerung dieser Provinz. Diese Forderung hat aber nicht etwa den Sinn, daß diese Beamten bei einem jedesmaligen Wechsel der Mehrheit im Provinziallandtag ihrerseits ausscheiden müßten. Das würde angesichts der Kürze der Wahlperioden der kommunalen Körperschaften nicht nur zu einer Erschütterung der kommunalen Entwicklung der Provinz führen, sondern auch den allgemeinen staatlichen Interessen im höchsten Grade abträglich sein.

Fahnenflucht.

Eine Lücke der Amnestieverordnungen.

Von juristischer Seite wird uns geschrieben:

Es könnte müßig erscheinen, zu erörtern, ob eine während des Krieges bis zur Demobilisierung begangene Fahnenflucht strafbar ist. Denn man sollte meinen, daß überhaupt von vornherein kein Interesse mehr an der strafrechtlichen Verfolgung derartiger Delikte besteht. Dem ist jedoch leider nicht so. Neuerdings ist sogar Anklage wegen Fahnenflucht im Felde gegen einen Mann erhoben worden, der lange Jahre im Felde gewesen ist und sich Ende Dezember 1918 in Deutschland von seiner Truppe entfernt hat. Bekanntlich sind derartige Fälle nicht selten gewesen. Keiner derjenigen, die damals ihre Truppe verließen, wird das Bewußtsein gehabt haben, seine Entlassung könnte als „Fahnenflucht im Felde“ angesehen und als solche strafrechtlich verfolgt werden. Nach dem Wortlaut des Militärstrafgesetzbuchs (MStGB.) liegt dennoch in diesen Fällen Fahnenflucht vor.

Die aus dem Felde zurückkehrenden Truppen waren mobil. Sie blieben es zunächst auch nach ihrer Rückkehr nach Deutschland. Erst durch Verordnung vom 31. Dezember 1918 wurde die Demobilisierung angeordnet. Nach der Revolution wurden verschiedene Amnestien erlassen. Für den vorliegenden Fall kommt in Betracht die Verordnung vom 7. Dezember 1918. Danach werden Untersuchungen niedergelassen und Strafen erlassen bezüglich einer Fahnenflucht, die vor der Verkündung der Verordnung, d. h. dem 12. Dezember 1918, begangen wurde, jedoch nur unter gewissen Bedingungen. (Wendung bei bestimmten Stellen innerhalb bestimmter Frist, keine Verurteilung innerhalb zweier Jahre.) Durch die Verordnung vom 6. Juni 1920 wurden die bezeichneten Bedingungen in Wegfall gebracht und die Amnestie in eine unbedingte umgewandelt.

Damit hätten alle diejenigen, die sich bis zum 12. Dezember 1918 der Fahnenflucht schuldig gemacht hatten, Straffreiheit erlangt. Diejenigen aber, die länger bei der Truppe ausgeharrt und sich erst nach dem 12. Dezember 1918 und vor der Demobilisierung von der Truppe entfernten, begingen gleichfalls „Fahnenflucht im Felde“, ohne der Amnestie teilhaftig zu werden. Sie würden also dafür bestraft werden, daß sie nicht rechtzeitig ihre Truppe verließen!

Dieses Ergebnis kann unmöglich zureichend sein. Offenbar hielten die Verfasser der Amnestieverordnungen es für ausgeschlossen, daß die nach dem 12. Dezember 1918 begangene Entfernung der Angehörigen des früheren Heeres von ihrer Truppe als Fahnenflucht angesehen werden könnte. Dem wird auch zugestimmt sein. Zum Begriff der Fahnenflucht gehört das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der Entfernung. Dieses Bewußtsein hat sicherlich allen denen gefehlt, die sich nach dem 12. Dezember 1918 von der Truppe entfernten. Im Gegenteil herrschte damals die Ansicht, daß mit Rücktritt auf die eingetretene Ummäzung eine Dienstpflicht nicht mehr bestehe, wenn auch der größte Teil aus Pflichtgefühl bei der Truppe ausharrte. Da durch die Gesetze vom 21. August 1920 und 23. März 1921 die allgemeine Dienstpflicht aufgehoben ist, dürfte auch gemäß § 2 Abs. 2 StGB. Fahnenflucht, die in der Zeit vor diesen Gesetzen begangen wurde, nicht strafbar sein.

Da jedoch trotzdem sogar Anklagen wegen Fahnenflucht noch neuerdings erhoben werden, ist es unbedingt erforderlich, daß die Amnestie ausdrücklich auch auf eine Fahnenflucht ausgedehnt wird, die in der Zeit vom 12. Dezember 1918 bis zur Auflösung des alten Heeres begangen wurde. Dasselbe gilt entsprechend für ähnliche Vergehen, wie unerlaubte Entfernung, Feigheit, Selbstverstümmelung, Ungehorsam u. a. m.

zeigen können, ist es jetzt Prof. Karl Berling gelungen, dem Dresdener Museum ein vollständiges Exemplar des Services zu verschaffen. Johann Joachim Kaendler hat dies Hauptwerk aller Porzellan-Kunst zwischen 1737 und 1741 geschaffen. Der Transport der etwa 1400 Stücke aus dem märkischen Schloß des jetzigen Grafen Brühl nach Dresden wurde mit allen möglichen Sicherheiten vorgenommen. Kaendler hat die Motive des Services aus der figürlichen Grundform des Schwans entwickelt, der manchmal die Gefäßform abgibt, manchmal im Relief auf den Schüsseln erscheint. Und zu dem Schwan tritt das ganze phantastische Meerestier, Putten, Tritonen, Nereiden, Delphine, Krebse, Muscheln und Krabben.

Das drahtlose Telefon im südlichen Dienst. In Chicago wird in nächster Zeit das drahtlose Telefon in den Dienst der Stadtpolizei gestellt. Auf dem Dach des Rathauses wird eine Station errichtet, die in ständiger Verbindung steht mit bewaffneten Patrouillen, den Feuerwachen und Feuerlöschdampfern, Polizeistationen und Patrouillenfahrzeugen. Einmalen erhalten diese nur Empfangsapparate und noch keine Sender. Später soll jeder einzelne Polizist mit einem Empfangsapparat ausgerüstet werden, der zurzeit ausprobiert wird und der nur wenige hundert Gramm wiegt und verdeckt unter der Uniform getragen werden kann.

Der Sturz eines Riesens. Der Lofagette, der dickste Baum im berühmten Calaveras-Forest, 91,5 Meter hoch und mit einem Durchmesser von 9 Metern an seinem Fuße, ist von einem Sturm zu Boden gestürzt. Er war einer der Rammulmbäume (Wellingtonia gigantea), jener turmhohen immergrünen Bäume Kaliforniens. Ein amerikanischer Dichter, Edwin Merckham, hat sie beschrieben: „Sie sind die Titanen unserer Wälder, ja, die Titanen aller Wälder der Welt. Die Rammulmbäume sind die ältesten grünen Bewohener der Welt, die Ueberlebenden einer weitverbreiteten Baumfamilie, die in das Miozänzeitalter, noch vor die Eiszeit, zurückgeht. Aber alle sind in der Eiszeit umgekommen, ausgenommen ein paar in einem geschützten Canyon im südlichen Kalifornien.“ Man schätzt das Alter einer Wellingtonia im Calaveras-Forest auf 4000 Jahre.

Die Dule tritt wieder auf. Die bedeutendste italienische Darstellerin der letzten Jahrzehnte, die durch ihre Gastspiele in Deutschland und der ganzen Welt bekannte Eleonora Dule ist nach zehnjähriger Juridazogenheit wieder zur Bühne zurückgekehrt. Die jetzt 62jährige Meisterin des psychologischen Spiels trat in Turin zum erstenmal wieder auf in ihrer klassischen Gestalt als „Frau vom Meer“ und wurde enthusiastisch gefeiert.

Eine deutsche Ehrung Tagores. Dem indischen Dichter haben deutsche Schriftsteller und Verleger zu seinem 60. Geburtstag eine Sammlung deutscher Bücher für die von ihm in seiner Heimat eingesetzten Schüler als Zeichen deutscher Verehrung und Sympathie gesammelt.

Karte des Abtinnungsgebietes in Oberitalien. Die Preussische Landesverwaltung hat jenseitig über das Abtinnungsgebiet eine Karte im Maßstab 1:200 000 herausgegeben, zu beziehen von Dietrich Reimer, Berlin SW 48, Preis 6 M. Das Abtinnungsgebiet ist auf der 80:95 Kilometer großen farbigen Karte klar ersichtlich.

Eine Tagung der entlassenen Schulreformer findet in Frankfurt a. M. während der Vingswoche, am 17. und 18. Mai, statt. Der erste Tag ist theoretischer Charakter vorbehalten, der zweite praktischen Fragen, namentlich der Produktionsfrage, gewidmet. Die Tagung soll die Teilnehmer und Führer der Bewegung mit Herrn Künzinger aus Schwabmünchen beehren.

Groß-Berlin Die Reklamemauer.

Die Bestrebungen zur „Verschönerung“ Berlins gehen eigenartige Wege. Nachdem die Straßenbahnwagen im Gewande der farbigen Reklameoffiziere prangen, die Haltestellen den Litschkäulen den Rang ablaufen und selbst die Postwagen und Briefkästen mit der Anpreisung von Schuhputzmitteln und Haarwässern verziert worden sind, besteht jetzt ein „Projekt“ zur Umwandlung der Parkmauer gegenüber dem Anhalter Bahnhof, die den großen Garten des Prinz-Albrecht-Palais abschließt, in eine künstlerisch behandelte Reklamemauer. Die Erträge sollen der Nationalstiftung zugute kommen. Begründet wird dieser Plan mit dem Hinweis darauf, daß Berlin eine Geschäftsstadt sei. Viele Berliner werden diese Mitteilung mit großer Betrübnis aufnehmen, da der Teil vor dem Anhalter Bahnhof noch zu den wenigen gehört, die auf den nach Berlin kommenden Fremden einen recht angenehmen Eindruck machen. Diese Mauer hat die Berliner, die ihre Stadt lieben, sicher schon oft beschaut. Vielen, die die Anhalterstraße passierten, drängte sich die Frage auf, warum dürfen wir, die wir so hungrig nach grünen Flächen sind, in den dahinter liegenden, durch seinen alten Baumbestand sicher schönen Park nicht hineingehen?

In England, wo der Gemeininn nicht stark entwickelt ist, läuft man meistens zwischen hohen Steinmauern, hinter denen unsichtbar herrliche Parks der Reichen des Landes sich verbergen. Aber Deutschland soll ja doch das Land des stärkeren Gemeinns sein. Warum soll der Besitzlose sich nicht wenigstens an dem Anblick schöner Gartenanlagen erfreuen können, wenn er sie auch schon nicht betreten darf. Wenn also der Gartenbesitzer der Nationalstiftung eine Einnahme verschaffen will, dann läßt es sich vielleicht auch noch auf anderem Wege erreichen. Am schönsten wäre es, wenn die Mauer ganz verschwinden und einem durchsichtigen Gitter Platz machen würde, damit die Parkflächen ihre Lichter nach außen wirken lassen und sich jedermann an ihnen erfreuen kann.

Wie schön wäre es zum Beispiel, ein Rosenstreifen, der sich durch ein Zurückgehen des Gitterzaunes ergeben würde, mit zwischengesetzten Bänken. Da die Seite der Parkmauer wenig begangen wird, dürfte auch die Reklamewirkung an sich nicht erheblich sein. Die Seite würde gerade durch eine grüne Anlage gewinnen. Auch in diese, wenn es schon sein muß, ließen sich künstlerische Reklameflächen einfügen. Es ist wohl anzunehmen, daß das Bezirksamt und der Verkehrsverein zur Förderung des Fremdenverkehrs sich mit der Frage beschäftigen werden. Durch eine Verschönerung des Stadtbildes würde sich der Besitzer des Parks wohl bei den Berlinern beliebt machen, nicht aber durch eine Reklamemauer, selbst wenn sie von hervorragenden Künstlern ausgestattet ist. Vielleicht beschäftigt sich auch der Verband Berliner Blumengeschäftsinhaber mit dieser Frage und schafft hier etwas für Berlin Originelles in Verbindung mit der Besichtigungsindustrie, eine Sehenswürdigkeit, und zwar eine wirklich schöne. Berlin könnte sie gebrauchen.

Die feurere Nord-Südbahn.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch städtische Bauten.

Der von der Stadtverordnetenversammlung eingefetzte ständige Ausschuss zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Mitteln und Wegen, um einer großen Zahl von Arbeitslosen Beschäftigung auf städtischen Bauten zu verschaffen, wobei von der Leitung des Tiefbauamtes bemerkenswerte Mitteilungen über das fernere Schicksal des Nord-Südbahnbaues gemacht wurden. Danach sind für den Bau dieses Schnellbahnunternehmens, in den schon 160 Millionen hineingesteckt sind, insgesamt noch rund 525 Millionen erforderlich. Durch die in Aussicht stehende Hilfsmagnahme des Reiches sollen der Stadt 125 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Verhandlungen über diesen Zuschuß vor dem Abschluß; der Vertragsentwurf wird der Stadt in nächsten Tagen zugehen. 175 Millionen sollen auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge gehen, 375 Millionen durch Anleihe gedeckt werden, die als Hypothek auf das Unternehmen eingetragen wird. 9000 Arbeiter würden dadurch längere Zeit Beschäftigung finden. Wenn eine neuen Streiks stattfinden, sei zu hoffen, daß der Bau

der Nord-Südbahn in 1 1/2 Jahren fertiggestellt werden kann, so daß unter diesen Umständen der Bahnbetrieb etwa Weihnachten 1922 eröffnet werden könnte. Auch von der Leitung der Hochbauverwaltung wurden eingehende Mitteilungen über die schwebenden Bauaufgaben der Stadt gemacht. Mit dem Bau der Kleinhausfiedlung in der Jungfernhöhe

wird voraussichtlich in den nächsten Wochen begonnen werden können. Beim Krankenhaus Moabit soll der Bau der beschlossenen beiden mehrstöckigen Pavillons gleichfalls in einigen Wochen in Angriff genommen werden. An sonstigen Bauten fehle es in dem neuen Berlin nicht; im Gegenteil: die früheren Vororte hätten Bauten angemeldet, für die leider nicht das Geld zur Verfügung stehe. Hierüber wurden zahlenmäßige Übersichten gegeben, die durch eine Rundfrage bei den Bezirksämtern vervollständigt werden sollen. Der allem wurde empfohlen, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe durch geeignete Maßnahmen zur Durchführung der Wiederherstellungsarbeiten an Wohnhäusern zu beheben. Ein vorkontingenter Antrag wurde angenommen, worin der Oberbürgermeister ersucht wird, als Leiter der Baupolizei Erleichterungen beim Aufsehen von weiteren Stöckwerken auf Geschäftshäuser und Verwaltungsgebäude zu gewähren.

Hiobspost.

... und als ich mir am Montag früh die Zeitungen kaufte, merkte ich gleich, daß dem deutschen Volk ein großes Unglück zugestoßen war. Zentimeterhohe Trauerüberschriften kündeten es an. Die Hoffnungen einer Generation zu Grabe getragen, Millionen der Verzweiflung ausgeliefert. Vollkommener Sturz aller Erwartungen. Waiffe, Deroute, Kopflosigkeit!

Sie sprechen von dem Ultimatum der Entente? Aber ich kann mich doch gar nicht erinnern, am Montag früh viel darüber gelesen ...

Was Ultimatum der Entente! Ich spreche von wichtigen Dingen, die von der Montagmorgenpresse ernst genommen werden. Was sagen Sie! Der Derbyfavorit Graf Ferry (das Pferd Ferry, nicht der Fiel Ferry von der Siegessäule) geschlagen, hoffnungsloser Dritter! Haben Sie es wirklich nicht gelesen? Der „Lokal-Anzeiger“, die „Montagspost“ waren ganz voll davon. Riesenüberschriften! — Sie mit Ihre Entente-Ultimatum! Was und das schon angeht. Aber Graf Ferry geschlagen! Denken Sie an all die unglücklichen Wetter ... Und wie solls beim Derby werden! Ach, unser armes Volk, das arme deutsche Volk!

Rich. von Lindenheiden.

Der Raubmord bei Strausberg.

Die Persönlichkeit des Toten festgestellt.

Der Erkennungsdienst der Berliner Kriminalpolizei hat einen Erfolg zu verzeichnen. Es ist gelungen, die Persönlichkeit des im Besendahl Walde Ermordeten festzustellen. Am Sonntag wurden Fingerabdrücke genommen und diese gestern im Erkennungsdienst verglichen. Dabei stellte sich heraus, daß es sich um den am 10. September 1877 in Westpreußen geborenen Zimmerpolier Emit Werner handelt, der in Berlin im Keller des Hauses Baldemarstraße 75 wohnte. Er lebte von seiner Frau, die in der Quornstraße wohnt, getrennt und machte in der letzten Zeit hauptsächlich Schleifhändlergeschäfte. Dieserhalb war er auch verschiedentlich nach der Gegend von Strausberg gefahren, um aufzutreten. Bei seinen Geschäften nahm er es nicht immer genau, und deshalb ist er auch wiederholt mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen. Dabei waren die Fingerabdrücke von ihm genommen worden. Da auch keine auffallende Tätowierungen registriert worden waren, so ist an der Identität des Toten mit Werner, der seitdem auch vermißt wird, nicht zu zweifeln. Wahrscheinlich ist er wieder in Begleitung anderer Männer nach Besendahl gefahren und dort von diesen erschossen worden.

Kriminalkommissar Trettin, der auch gestern noch am Tatort weilte und dort mit seinen Beamten und den Ortsbehörden Ermittlungen anstellte, hat bereits wichtige Feststellungen gemacht, die für die weitere Aufklärung sehr wesentlich sein können. Die Tat ist danach zweifellos am Freitag abend gegen 11 Uhr erfolgt. Um diese Zeit sind die Schiffe geflohen und es ist auch ein Wortwechsel gehört worden. Eine Stimme rief laut: „Wag, komm und hilf mir!“ dann trat Stille ein. Vom Tat- und Fundort führt eine Handmagenpiste bis zur Heide und zurück. Diese wird zurzeit noch weiter verfolgt.

Der Maijugendtag.

Rote Banner wehen: Die Arbeiterjugend zieht heran. Erst in kleinen Gruppen; bald aber sammeln sich Tausende um die große Schale im Lustgarten. Genosse Schulz-Brandenburg sprach begeisterte Worte, die in einer schloffen Ablehnung aller Absichten ausklangen, die auf Beseitigung des Lichtstundentags hinausliefen. Dann zog die Jugend in langen Zügen durch die Straßen Berlins, und vom Schließchen Bahnhof aus fuhr sie nach Kaulsdorf-Süd, wo sie sich auf der großen Spielwiese des Lokals „Sonsjoui“ sammelte. Mit hellem Grün geschmückte Birken, warmer Sonnenschein, das Rot der zahlreichen Banner und fröhliche Menschen geben das farbenprächtige Bild eines rechten Maijugendtages. Spiele aller Art, Staffettenlaufen, Ballspiele, Reigentänze und Ringkämpfe verkürzen die Zeit. Dann sammeln sich die Junggenossen: Rastengelänge ertönt und im Anschluß an den dankbar aufgenommenen Vortrag von Gedichten sprach Genosse Dr. Wegscheider von der großen Sehnsucht der Jugend, von ihren Aufgaben und Zielen, und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Bestrebungen des Vereins Arbeiterjugend.

Der Garten des Lokals ist dicht besetzt. Ungeadigt wird der Kaffee erwartet, den Rutter nach geduldigem Warten an der Küche endlich herbeischafft. Auf der Wiese aber werden wohl einstudierte Reigentänze nach den rhytmischen Klängen von Geigen, Lauten und Mandolinen vor zahlreichen Zuschauern gezeigt und insbesondere die Mädchen tanzen oft mit bemerkenswerter Grazie. Die Arbeiterjugend Keutbäns hat das Festspiel von A. Müller „Der Aufbruch“ einstudiert und mit vielem guten Willen zur Darstellung gebracht.

Als die Sonne hinter den Wipfeln der Bäume verschwunden war, sammelten sich die Jüge zum Abmarsch. Mit Gesang und Rufen zogen sie den Bahnhöfen zu, und die Rückfahrt in der drückenden Enge überfüllter Züge bildete den Ausklang dieses sonst so harmonisch verlaufenen Maijugendtages.

Autobus Neutölln-Wedding.

Die Linie Nr. 4, die älteste und beliebteste Automobilomnibuslinie, wird am Sonnabend vor Pfingsten wieder eröffnet und vom Ketteldorfer Platz bis zum Hermannsplatz über den Weddingplatz, die Chaussee- und Friedrichstraße sowie das Hallesche Tor und durch die Halensee geföhrt werden. Die Wagen werden sich in Abständen von etwa 10 Minuten folgen, vom Ketteldorfer Platz von 6^u vorm. bis 11^u nachm., vom Hermannsplatz 7^u vorm. bis 12^u nachm. Die ganze Fahrt kostet 3 M., Teilstrecken 1 und 2 M.

Generalversammlung der Jungsozialisten.

Die am 9. April abgebrochene Generalversammlung nahm am Sonnabend ihren Fortgang mit der Beratung des Statutenentwurfs. Genosse Keller gab den Bericht des provisorischen Arbeitsausschusses. Er verlas eine Erklärung über den Verlauf der Verhandlungen, die mit dem Bezirks- und Parteivorstand geführt wurden. Auf der letzten Generalversammlung war von einer kleinen Mehrheit ein Antrag angenommen worden, wonach alle uns nachstehenden jungen Sozialisten — ohne zugleich Mitglied der Partei zu sein — Mitglied der J.S. sein können. Die Verhandlungen mit Bezirks- und Parteivorstand hatten zur Folge, daß dieser Beschluß wieder aufgehoben werden sollte.

Genosse Wegner hielt das Referat: Es geht nicht, daß man durch einen solchen Beschluß Türen und Tore öffnet für alle, die wo anders kein Unterkommen finden. In durchaus unzweideutiger Form erklärte der Referent, daß seine Freunde nur im Sinne des Kasseler Parteitagbeschlusses arbeiten wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können unser Ziel nicht gleichsam über Nacht erreichen, es wird eine Zeit dauern, bis wir die gesamte Jugend für unsere Ideen gewonnen haben. Jetzt gilt es aber, nicht durch irgendwelche Phantasieereien sich täuschen zu lassen, sondern nüchternen Wirklichkeitsinn Platz greifen zu lassen. Auf dem Boden des J.S. wollen wir werden und wirken. Nur so erreichen wir das Ziel. (Stürmische Zustimmung.) Dann sprach Genosse Franz Krüger vom Parteivorstand. Der Kasseler Beschluß kann nur so verstanden werden, daß Mitglieder der J.S. nur Mitglieder der SPD sein können. Wenn die Jungsozialisten Vertretungen in den Körperschaften der Partei haben wollen, mühen sie auch den Mut aufbringen und sich restlos zur Partei bekennen.

Die Generalversammlung und der neugewählte Arbeitsausschuss erklärten sich nach langer Debatte bereit, im Sinne des Kasseler Parteitagbeschlusses zu arbeiten und den angebotenen Parteivorstandsbefehl anzuerkennen. Damit erreichte die Generalversammlung ihr Ende.

Stine Menschenkind.

III. Der Sündenfall.

Von Martin Andersen Regö.

So verdichtete es sich manchmal. Aber sie schüttelte es wieder von sich ab; letzten Endes war es etwas, das von außen her zu ihr kam.

Mit Karl war es etwas anders. Er lebte selber unter dem Fisch und konnt' es nicht von sich abschütteln. Sine meinte, man müsse auf alles gefaßt sein. „Er hat seines Waters Wesen,“ sagte sie.

Von der Mutter war jedenfalls nichts in ihm, jeder nannte ihn ein Manseloch jagen. Um so merkwürdiger war es, daß er auf einem bestimmten Gebiet wirklich Energie bewies und nicht von seinem einmal gefaßten Entschluß abzubringen war. Er rührte keinen Tabak an und rückte von dem sündhaften Wandel seiner Mutter ab, indem er sich um so fester an die Frommen angeschlossen. Und als sie anfing, mit Johannes und seinen Kumponen zu zechen, trat er in einen Abstinenzverein ein. Das war kein Protest — als wollte er Punkt für Punkt die Vergehen seiner Mutter wieder gutmachen.

Aber sich zu verteidigen, dazu eignete er sich nicht; wenn sie ihn verhöhnte, weil er in die Versammlungen rannte, schwieg er. „Du bist ja richtig läufig geworden,“ sagte sie spöttisch mit Bezug auf seine Teilnahme an den Besünden — und ließ es die andern hören. „Ja, ja, das kommt so mit dem Alter.“ Er überhörte es — und ging seinen geraden Weg. Verbote halfen auch nichts. Sie stellte ihn bald zu dieser, bald zu jener Arbeit an, um ihn am Besuch der Versammlungen zu hindern, aber wenn die Zeit da war, lief er trotzdem vom Hof. Sonst pflegte er wie ein Hund vor seiner Mutter zu jammern, aber in diesem Punkte fürchtete er offenbar nur Gott.

Sine hätte nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn er auch auf andern Gebieten etwas tapferer gewesen wäre und zum Beispiel ihr und Sine ein wenig beigegeben hätte, wenn die Bäuerin ungerecht ihnen gegenüber war. Aber dann machte er sich stets aus dem Staube.

Karen wurde immer unvernünftiger, und es war kein Auskommen mit ihr; so herrschte sie die Leute an, und sie war mit allem unzufrieden; vielleicht weil die Heiratslust in ihr erwacht war, — es verlangte sie nach jungem Blut, meinte

Sine. Querköpfigkeit und Verdrossenheit bei der Arbeit waren jedenfalls das Resultat — und diese Atmosphäre von über Laune störte Sine am allermeisten, — sie war überall und ließ sich nicht abschütteln.

Anscheinend zerbrach dabei nichts in ihr; kein sorgloses Gezwickel wurde zum Schweigen gebracht; sie war immer der Ernst selber gewesen. Aber auf dem Grunde ihres Gemüts hatte sie einen eigenen stillen Humor, aus dem auch die lede Art zu erklären war, mit der sie an jede Arbeit heranging. In diesem Punkte hatte sie ihren Frohsinn geborgen, da die Verhältnisse ihr verboten, ihn im Spiel auszudrücken, — eben deshalb hatte sie ja eine so glückliche Hand daheim. Die Freigebigkeit ihres Gemüts hatte es ihr ermöglicht, das Geschwisterverhältnis den Kleinen gegenüber aufrechtzuerhalten und sie doch zum Gehorsam zu bringen. Leicht war es nicht immer gewesen, die gute Absicht mußte oft in Barschheit umgesetzt werden, um durchzudringen und zu wirken. Aber es ging, dank dem unbezwingbaren Humor, der selten für sich ausklang, aber bei allem mittönte. Es gelang ihr, ihren guten Willen auch auf die andern zu übertragen, so daß sie die Barschheit ablegen konnte.

Anfangs hatte sie Kläpse austeilen müssen, — um sich Respekt zu verschaffen; aber sie kam glücklich weiter, bevor Verdrossenheit bei ihr oder bei den andern daraus entstehen konnte. Wo Strafe notwendig war — vor allem der Kinder selbst wegen —, ergoz sie sich dazu, die Strafmethoden anzuwenden, deren sich Großhchen ihr gegenüber bedient hatte. Beschmutzten sie sich, so betamen sie es zu fühlen, und nicht zu wenig, — sie wurden ins Bett gesteckt und durften nicht spielen, während die Sachen gereinigt wurden. Die Strafe erwuchs natürlich aus dem Vergehen; die Schmutzerei rächte sich selbst, nicht sie war die Rächerin. „Da siehst du's, du hättest wohl aufpassen können,“ sagte sie dann in aller Unschuld. Sie wurde sogar zum rettenden Engel, dem die Kinder Dankbarkeit entgegenbrachten, weil sie den Schaden für sie heilte.

So hatte sie sich vorwärts winden müssen und war dahin gekommen, selbst an die den Dingen innewohnende Gerechtigkeit zu glauben, — auf die Weise hatte sie ihre kleine Welt so gut zu regieren vermocht. Unordnung kam daher, daß einem die Freude zur Arbeit fehlte, kam von mürrischem Wesen; sie haßte instinktiv alle Verdrossenheit und war fest davon überzeugt, daß sie sich rächte. Suchte man durch Betrug etwas abzuwenden, so kam es trotzdem; so war es gewesen, soweit sie zurückdenken konnte, am allerjüngsten und

einfachsten in der Form von nassen Hosen. Jetzt war das Dasein ja viel, viel komplizierter geworden, und doch machte sich das gleiche geltend, — man fand einfach keinen Frieden! So war's, wenn man morgens Strümpfe mit Löchern anzog, — dann ging man den ganzen Tag mit einem garstigen Gefühl umher. Und so war's, wenn man vergaß, dem Vater seine Abendmilk zu geben, dann mußte man mitten in der Nacht aufstehen und es nachholen, weil man sonst nicht einschlafen konnte, und den Vater die ganze Nacht miauen zu hören glaubte.

Sine war eine kleine Arbeiterin von Gottes Gnaden. Hatte sie auch nicht viele andere Freuden gehabt, so konnte sie dafür die Arbeitsfreude und genoß sie, — als Lohn des Herzens für des Herzens Güte. Ihre Hände waren rauh und rissig, die Stimme hart und unshön; sie hatte keine andere Möglichkeit, das Gute in ihrem Gemüt zu zeigen als durch Arbeit. Da entfaltete sie sich, wie eine bescheidene, aber nützliche Blume. Von Brunk war keine Rede, — sie war ein gutmütiges fleißiges Pieschen, das am liebsten immer für andere blühen wollte.

Aber hier fand sie bei niemand Anerkennung dafür. Man liebte die Arbeit nicht, sondern betrachtete sie als Plage, machte sich ungern daran und tat nur seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit. Darum herrschte auch überall solch fürchterliche Unordnung. Sine hatte das Gefühl, daß das alles daher rührte, weil man einander nicht lieb hatte. Die Leute auf dem Bakkehof hatten kein Gemeinschaftsgefühl. Und mit dem Onkel Johannes ging es nicht besser. Er hinterließ nur Unordnung und Unfrieden, wo er gewesen war, — sie kannte es vom Elsternest her.

Für diesmal hatte sie genug von den Menschen, und sie sehnte sich nach ihrer Weide zurück. Es verlangte sie nach dem Frühjahr, und gespannt achtete sie auf die Anzeichen für sein Kommen, freute sich, als die erste Schneewehe vom Dache nach Süden hinabglitt, und noch froher war sie, als der erste buschige Fled aus dem Schnee des Feldes auftauchte wie ein zottiger Rücken. Die Erde war es, die sich langsam aus dem Winterschlaf erhob. Das Wasser hatte es eilig, zuerst mit der Bildung von Seen und dann mit dem Riefeln; das Frühjahrswasser lang sein Pied Tag und Nacht, und aus der feuchten Erde quoll es herauf. Es begann darin zu wachsen; eines Tages war der Aker wie sich hebender Teig, wenn man darauf trat. Und darüber sangen die Vöcher.

(Fortf. folgt.)

Wirtschaft

Ententendruck und Deutsche Werke A.-S.

Beschwerde an den Internationalen Gewerkschaftsbund.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich veranlaßt gesehen, den Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf Vorgänge aufmerksam zu machen, die die ehemaligen kaiserlichen See- und Marinebetriebe des Deutschen Reiches betreffen. Diese Betriebe, die ehemals ausschließlich zur Herstellung von Waffen und Kriegsgeschützen bestimmt waren, hatten während des Krieges bis zu 200 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Nach Beendigung des Krieges ist diese Zahl auf 40 000 beschränkt worden. Die Anfertigung von Kriegsmaterialien wurde schon lange vor Abschluß des Versailler Friedensvertrages eingestellt und im April 1919 beschloß die Versailler Nationalversammlung auf Anregung der Arbeiterschaft, diese bisher für Kriegszwecke bestimmten Reichsbetriebe nunmehr auf Friedensarbeit umzustellen. Später wurde aus diesen Betrieben eine Aktiengesellschaft gemacht, die den Namen Deutsche Werke Aktiengesellschaft führt. Die Deutschen Werke unterstehen der Leitung von Fachleuten, die in der Privatwirtschaft erfahren sind. Sie haben ferner ihren Vorstand, ihren Aufsichtsrat und ihre Generalversammlung, sie schließen mit dem Reich und mit Privaten Verträge ab, wie jedes Privatunternehmen. Das Reich hat lediglich das Betriebskapital zur Verfügung gestellt, hat allerdings auch sämtliche Aktien und Genussscheine in Händen.

Die Betriebsräte der zu den Deutschen Werken gehörenden Betriebe haben sich beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wiederholt beschwert über die Art und Weise, wie die alliierte militärische Kontrollkommission (besonders deren französische Mitglieder) die Aufgaben durchführt, die aus dem Versailler Vertrag abgeleitet werden. Dadurch wird die Aufrechterhaltung der Deutschen Werke geradezu unmöglich, selbst wenn man in Betracht ziehen will, daß auch bei den vom Friedensvertrag vorgeschriebenen Maßnahmen zur Entwaffnung ge-

legentlich im Ueberschuß zu weit gegangen wird. Aber darüber hinaus erfolgen Maßnahmen, bei denen die Entwaffnung lediglich als Kuschelgeschick dient und die die Existenz der Betriebe der Deutschen Werke vernichten müssen.

Aus den vorgetragenen Beschwerden führt der Bundesvorstand folgende an:

1. Die militärische Kontrollkommission verbietet jede Bewegung von Maschinen, selbst die Bewegung von einem zum anderen Werk und gibt auch noch so begründeten Anträgen, einzelne Maschinen zu verlegen, nicht statt.
2. Schrott, welcher aus der Zerstörung von Spezialmaschinen für Kriegsgeschütz abgelaufen ist, wird nicht den Deutschen Werken zum Kauf angeboten, obwohl sie ihn in eigenen Hütten verarbeiten können, sondern an außenstehende Firmen verkauft.
3. Sämtliches Rohmaterial, das in den Betrieben vorhanden ist, wird, auch ohne daß es ausgesprochenes Kriegsmaterial wäre, wie alle Holzborste, Rundmessing, Klafseisen, jede Tafel Blech, jedes Stück Leder, als Kriegsmaterial bezeichnet und beschlagnahmt.

Diese Maßnahmen leitet die Kommission anscheinend aus zwei Entscheidungen des Völkerkongresses vom 10. Februar 1920 ab. Nach der einen Entscheidung soll das Produkt der Zerstörung in den Händen der Alliierten bleiben, die darüber frei verfügen können. Dieser ersten Entscheidung vom 10. Februar steht eine andere vom 26. Mai 1920 gegenüber, wonach Maschinen und Werkzeuge, welche für Friedenszwecke arbeiten, der deutschen Regierung zu ihrer Verfügung belassen werden sollen.

Die zweite Entscheidung des Völkerkongresses vom 26. Mai 1920 bezüglich der Schließung der deutschen Kriegsbetriebe befragt in Absatz 2, daß die dem Reichschatzministerium unterstehenden Staatsbetriebe, welche ausdrücklich eine Bestimmung zur Herstellung von Friedensgeräten haben, weiterbetrieben werden können, um die Entlassung ihrer Arbeiter zu verhindern. In diesen Betrieben gehören auch die Deutschen Werke. Ihre Weiterführung ist natürlich nur dann möglich, wenn ihnen Maschinen und Rohstoffe belassen werden. Die neuesten Anordnungen der militärischen Kontrollkommission müssen jedoch in kürzester Zeit die völlige Stilllegung dieser Betriebe zur Folge haben, denn es werden nicht nur einzelne Maschinen, sondern ganze Hallen mit

Maschinen, zum Beispiel auch schwere Drehbänke, auf denen von der Eisenbahnverwaltung in Auftrag gegebene Maßstäbe bearbeitet werden, beschlagnahmt. Man begnügt sich auch nicht mit Maschinen, die während des Krieges in den Werken benutzt wurden, sondern beschlagnahmt auch neu angefertigte Maschinen, zum Beispiel in Spandau Automaten, die erst für die Herstellung von Friedenswaren (z. B. Lampenfassungen und ähnliche Gegenstände) nach dem Kriege neu beschafft worden sind. Wenn die Kontrollkommission in dieser Weise verfährt, ist es unmöglich, die auf Friedensarbeit umgestellten Betriebe weiterzuführen und die 40 000 Arbeiter und Angestellten weiterzubeschäftigen.

Die Beschwerde verweist nochmals darauf, daß bei den Deutschen Werken kein Privatkapital tätig ist, daß sie vielmehr durch ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen sind. Es ist also nicht nur für die deutsche Arbeiterschaft, sondern auch für die Arbeiterschaft der Ententeländer notwendig, daß die Deutschen Werke weitergeführt werden. Die Beschwerdeschrift spricht auch die Vermutung aus, daß bei den Maßnahmen der militärischen Kontrollkommission großkapitalistische Interessen mitprägen, da die Unternehmer Deutschlands und sicher auch die der Ententeländer in dem Unternehmen eine für den Großkapitalismus gefährliche Konkurrenz erblicken. Die Kapitalisten mögen nicht ohne Grund befürchten, daß die Weiterführung und Entwicklung des auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufgebauten Unternehmens ihren privaten Profitinteressen schädlich werden könnte. Die Beschwerdeschrift spricht zum Schluß die Bitte aus, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes diese Mitteilungen in geeigneter Weise verwenden und seinen Einfluß ausüben möge, um die drohende Weitervermehrung der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu verhindern.

Die Kohlenförderung des Ruhrbeckens (einschließlich der linksrheinischen Becken) ist nach den vorläufigen Angaben im April um 7,61 Millionen Tonnen in 26 Arbeitstagen zu veranschlagen gegenüber 7,43 Millionen Tonnen in 25 Arbeitstagen im Monat März. Gegenüber der Zeit, wo Ueberschichten verfahren wurden, ist ein Rückgang der Tagesleistung um rund 36 000 Tonnen zu verzeichnen.

Erhöhung der holländischen Einfuhrzölle. In der holländischen Zweiten Kammer wurde ein Gesetzentwurf eingebracht zur vorläufigen Erhöhung des Tarifs der Einfuhrzölle von 6 auf 7 Proz.

Bezirksverband Berlin SPD.
25. Abteilung
Am Sonnabend, den 7. Mai, verfuhr nach längerem Krankenlager unser Genosse, der Hochleider
Friedrich Lüdemann
Steinbr. 25
im Alter von 53 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachm. 2 Uhr, auf dem Sophien-Friedhof, Fieselerw. 10, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
178/11
Die Abteilungsleitung.

Versteher Metallarbeiterverb.
Verwaltungsstelle Berlin
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlichter
Richard Felix
Steglich, Normalarbeiter 24 am 2. Mai gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmitt. 2 Uhr, von der Brühlstraße des Gemeindefriedhofes in Steglitz, Wegscheide, aus statt.
Ferner hat unser Kollege, der Straßschlichter
Alexander Diehr
L. 10, am 12. Mai, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.
Um 6. u. 8. Uhr, nachm. 4 Uhr, verfuhr unser Kollege, der Arbeiter
Martha Ulbrich
Schulstr. 6
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.
Um 6. u. 8. Uhr, nachm. 4 Uhr, verfuhr unser Kollege, der Arbeiter
Max Rohde
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.
Um 6. u. 8. Uhr, nachm. 4 Uhr, verfuhr unser Kollege, der Arbeiter
Arthur Häußler.

Spezialarzt
Dr. med. COLEMAN
Friedrichstr. 91/92, 1. u. 2. Bahnstr.,
Haut-, Geschl., Frauenleiden,
Sexuelle Neurosen.
Sprechst. 10-12, 5-8, Sonntag 10-12.

Spezial-Arzt
Dr. Schmidt, Rosenhaldenstr. 69-70
für alle Geschlechts-, Haut-,
Harn-, Frauenleiden, Syphilis,
Salvarsan-Kuren Blutunter,
Damen separat. 10-12, 5-7.

Nervöse
Schlaflosigkeit, Herzschmerzen,
Erregung, Nervenschmerzen
werden behoben durch
Balsambäder aus heil-
samem Mineralwasser, die
natürl. Heilkräfte zur Be-
hebung d. Nerven. 11.10.30.32.
Otto Reichel, Berlin 40,
50, Altenbühlstraße 4.

In der Morgenstunde

Herrenhemden Vigogne, in sehr guter Qualität, in allen Größen M.	24 ⁰⁰	Herren - Oberhemden Perkalstoff, in neuesten Mustern, mit Klappmanschetten M.	72 ⁰⁰
Herrenhemden Vigogne, in sehr guter Qualität, mit modernem Perkal-einsatz, in allen Größen . . . M.	27 ⁰⁰	Herrenhemden sehr gutes Trikotgewebe, mit modernem Perkal-einsatz, in allen Größen M.	32 ⁰⁰
Herrenhemden makofarbig, garantiert zweifädig, besonders haltbar M.	25 ⁰⁰	Herrensocken grau, haltbare Qualität M.	3 ²⁵
Herrenbeinkleider makofarbig, garantiert zweifädig, besonders haltbar M.	19 ⁰⁰	Herrensocken schwere, haltbare Qualität M.	4 ⁵⁰
Herrenbeinkleider grau . . . M.	5 ⁰⁰	Herrensocken makofarbig, sehr gute Qualität M.	4 ⁵⁰
Herrenbeinkleider Vigogne, in sehr guter Qualität, mit Leib-überschlag, in allen Größen, M.	15 ⁰⁰	Herrenstoff 140 cm breit, gutes Fabrikat, das Meter M.	25 ⁰⁰
Herren-Ulster gute Stoffe, in verschiedenen praktischen Farben von M.	66 ⁰⁰ an	Netzhemden für Herren, gute Qual., in allen Größen, M.	9 ⁷⁵
Herrenbuckskinhosen in modernen Streifen M.	48 ⁰⁰	Herren-Hüte welcher Filz, moderne Farben M.	27 ⁰⁰
Jünger-Buckskinhosen schöne Streifen M.	43 ⁰⁰	Damen-Strümpfe M.	5 ⁵⁰
Damenschlupfhosen in schönen Farben, gute Qual., M.	15 ⁰⁰	Kinder-Hemdchsen Vigogne, in sehr gut. Qual., kleinste Gr., M.	10 ⁰⁰

Der billige Stoffverkauf an Schneider und Händler erfolgt vor dem Pfingstfest nur in der Morgenstunde.

Nur **BaerSohn** **Keine**
eine Verkaufsstelle **Filialen mehr**

Nur Chausseestraße 29-30

Wer seine Schuhe lieb hat

nehme keinen Schuhputz, der aus Wasser oder aus Erbsen hergestellt ist, sondern

Dr. Gentsner's Schuhputz Nigrin

garantiert ausschließlich aus reinem Terpentinöl hergestellt. Der etwas höhere Preis macht sich tausendfach bezahlt durch größere Ausdauer und verlängerte Lebensdauer des Schuhs. — Schwarz, Braun, Gelb, oder farblos und weiß.

Carl Gentsner, Depot Berlin S 42, Luisenufer 40. Preisproben: Amt Post. 14601

Korbmöbel
Unübertroffen großes und billiges Lager

Metzner
Wunderwagen & Westhaus,
Andreasstr. 23, am Platz

Brunnenstr. 95
Süsselstr. 67
Loipziger Str. 54-55
Neukölln, Bergstr. 133
Spandau: Charlottenstr. 24a.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin : N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Rothen 185, 1209, 1987, 9714

Achtung! Schloffer. Achtung!
Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachm. 5 Uhr
Branchenversammlung
der Bau- und der Kollegen aus den Betrieben für gelochte Bleche
in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16/17.
Tagesordnung: 1. Bericht über den Rahmenvertrag, 2. Stellungnahme zur Tarifänderung.
Die Branchenleitung erwartet, daß in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung von allen Betrieben sämtliche Kollegen pünktlich erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Ortskrankenkasse der Metzner zu Berlin.
Bekanntmachung betr. Ausschuswahl.
Von den Arbeitgebern ist nur ein Wahlvorschl. eingereicht worden. Eine Wahl findet daher für die Arbeitgeber nicht statt.
Von den Versicherten sind zwei Wahlvorschl. eingereicht worden.
Wahlvorschl. I
Vorsteher: J. Hartmann.
Wahlvorschl. II
Vorsteher: M. Kemm.
Die Versicherten wählen daher am Mittwoch, den 12. Mai, im Rahmen der Zeit 6-8 Uhr, in der Zeit von 4-5 Uhr, am 12. Mai, die Ausschusmitglieder der Ortskrankenkasse der Metzner zu Berlin. Am 12. Mai, nachm. 4 Uhr, verfuhr unser Kollege, der Arbeiter
Der Vorstand
Ortskrankenkasse der Metzner zu Berlin.
J. Hartmann, Vorsitzender.
S. Kunig, Schriftführer.

Achtung! Maschinenarbeiter. Achtung!
Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachmittags 4 Uhr
Versammlung
aller in der Spandauer Metallindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser im Lokal Metamer, Spandau, Bismarckstraße 8.
Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommission, 2. Verhandlungsgelgenheiten und Verschleudern.

Innungskrankenkasse der Tischler - Innung zu Berlin.
Bekanntmachung.
Auf unsere Aufforderung vom 4. April 1921 um Einreichung von Wahlvorschl. für die Wahlen der Vertreter zum Ausschus der Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin sind weitere Wahlvorschl. nicht eingereicht worden. Es liegen daher nur je eine Liste der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten vor.
Gemäß § 9 der Wahlordnung sollen demnach die auf folgenden Listen bezeichneten Personen ohne Stimmabgabe als gewählt.
a) Liste der Arbeitgeber, angetragt mit dem Namen Otto Gronau und entgegen mit dem Namen Otto Gronau.
b) Liste der Versicherten, angetragt mit dem Namen Richard Freylich und entgegen mit dem Namen Richard Freylich.
Die am 22. und 23. Mai 1921 festgesetzten Wahlen finden demnach nicht statt.
Berlin, den 10. Mai 1921.
Der Vorstand
Otto Gronau, Vorsitzender.
Hermann Nüttenbusch, Schriftf.

Achtung! Autochloffer. Achtung!
Donnerstag, den 12. Mai 1921, nachmittags 4 1/2 Uhr, in den Musterstätten, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:
Vollversammlung
aller in den Auto-Reparaturbetrieben beschäftigten Kollegen.
Tagesordnung: Der neue Lohnsatz.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Berein Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer
Freitag, den 13. Mai, abends 7 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im großen Saal der Hofbräuerei, Fildersstr. 2/3.
Tagesordnung: 1. Bericht über die Tarif-Verhandlung, 2. Beschlußfassung über die Wählung des Vorstands und der Korrespondenten des Bezirksverbandes der Buchdrucker, 3. Beschlußfassung.
In dieser Versammlung sind außer den General-Versammlungsmitgliedern die Bezirksvereinsleiter und Druckereileiter eingeladen. Ohne Zutritt zum Zutritt.
Der Vorstand.

Metallankaufsstelle
Osten, Grüner Weg 80
zahlt Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
HERREN - DAMEN -
Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme, Sport-Paletots, Röcke, Kleider.
Burschen-Anzüge
Gute Ware - Solide Preise - Große Auswahl
M. Beiser, Lothringer Str. 67

Schellack
taufen hochglänzende Gebrüder
Bismarck, Gneisenaustraße 1,
10119 Berlin
[11/16]

Spezialarzt
Dr. med. COLEMAN
Friedrichstr. 91/92, 1. u. 2. Bahnstr.,
Haut-, Geschl., Frauenleiden,
Sexuelle Neurosen.
Sprechst. 10-12, 5-8, Sonntag 10-12.

Spezial-Arzt
Dr. Schmidt, Rosenhaldenstr. 69-70
für alle Geschlechts-, Haut-,
Harn-, Frauenleiden, Syphilis,
Salvarsan-Kuren Blutunter,
Damen separat. 10-12, 5-7.

Nervöse
Schlaflosigkeit, Herzschmerzen,
Erregung, Nervenschmerzen
werden behoben durch
Balsambäder aus heil-
samem Mineralwasser, die
natürl. Heilkräfte zur Be-
hebung d. Nerven. 11.10.30.32.
Otto Reichel, Berlin 40,
50, Altenbühlstraße 4.

Eiserne Hochherde
Transportable Kochherde, Eiserne Öfen
Zechlin
Berlin C, Alexanderplatz 15

Kapitän-Kautabak
wieder erhältlich in der feinsten guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Röder, Berlin, Lichtendörfer Str. 22, Abt. 10, 1961.

Zinn u. Blei
sowie alle Metalle kaufen zu Tagespreisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74,
Telephon: Moritzplatz 9333

Rute von 55 M. an
Mit-Bienste an regulierter
Rudowitzer Straße, Berlin-Brand.
Verfügre am Bahnhof Köpenick,
Hofstr. 10, Köpenick.
Rieger, Berlin, Götterstr. 5

Parzellen
in Eggenstein, 15 Minuten
vom Bahnhof Strassberg ent-
fernt, zu verkaufen. Köhn & Co.,
Berlin, Potsdamer Str. 11, Ruf. 2883

Schokolade billig!
Milch-, Creme-, Schmelz-Schokolade, Berlin
bekannteste Marken, Bonbons, Pralinen, Cacao-Präparat
zu und unter Fabrikpreisen!
G. Wehjelmann, Berlin W 9, Einfl. 20
Geschäftsbüro: Köpenick 622

Alle Metalle Preiserhöhung!
Zinn! Lötmetall! Weißmetall!
Blei! Dring! Spezial-
gebrauch! Kupfer, Messing,
Nickel, Aluminium, Zink,
Stannolpapier, Gieß-
strumpfsche bis 100 M.
kauft zu Tageskursen
Edelmetall-Einkaufsbureau
Weberstraße 31.

Entspannung in Oberschlesien?

Wiederaufnahme der Arbeit.

Deutsche Gewerkschaftsführer in Oberschlesien, die mit der Interalliierten Kommission verhandelt hatten, erhielten gestern vormittag einen Aufruf folgenden Inhalts:

„Arbeiter und Bürger! Die Interalliierte Kommission hat uns auf unsere Vorstellungen zugesichert:

1. Die Arbeit kann in vollem Umfange am Montag wieder aufgenommen werden.
2. Die Straßenbahnen und Eisenbahnen werden Tag und Nacht wieder verkehren.
3. Die irregulären Truppen sollen sich so schnell wie möglich zurückziehen. Die Truppen der Interalliierten Kommission werden in vollem Maße den Schutz der ruhigen Bürger übernehmen.
4. Ruhe, Ordnung und Sicherheit können nur aufrecht erhalten werden, wenn die Bürgerschaft sich von allen Demonstrationen fernhält.

Volksgeossen, haltet die Straßen frei, unterstützt eure bewährten Führer in der Aufrechterhaltung der Ordnung.“

Daraufhin haben nach III. die Arbeiter auf den Gruben die Arbeit teilweise wieder aufgenommen und zwar arbeiten auf der Steinhilber Grube 32 Proz., Konfordiogrube 49 Proz., Donnermarkhüttengrube 20 Proz., Ludwigsgrube 20 Proz., Gröfin Lauragrube 70 Proz., Georggrube 20 Proz., Sonnigrube 40 Proz., Sosniger Grube 30 Proz., Giesche Grube 20 Proz., Anslawischer Grube 50 Proz., Laurahüttengrube 55 Proz., Ritterhacht 50 Proz. Bei der Berginspektion I in Königshütte arbeiten im Ostfeld 60 Proz., Westfeld 20 Proz., Südost 90 Proz., bei der Berginspektion II im Ostfeld bis 20 Proz. und bei der Berginspektion III 54 und 45 Proz. Auf der Donnermarkhütte, Königshütte, Huldshinsty-Werke Gieschewitz und Bismarckhütte sind die Arbeiten ebenfalls zum größten Teil wieder aufgenommen worden. Die Laurahütte konnte den Betrieb infolge Kohlenmangels nicht wieder aufnehmen.

Ueber eine Wiederaufnahme der Arbeit in den Kreisen Pleß, Rybnitz und Wagnitz ist nichts bekannt. Die Kohlenarbeiter auf den Gruben wurden während des Streiks verrichtet. Mit der teilweisen Wiederaufnahme der Arbeit hat jedoch der Zustand noch nicht seine Ende erreicht. Im Gegenteil hat sich die Lage verschärft, da die Insurgenten in Kattowitz teilweise schon vorgezogen sind.

Ein Appell zur Ruhe.

Oppeln, 9. Mai. (WZ.) Die Interalliierte Regierung- und Plebiszitkommission erläßt folgenden Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung:

„Die Alliierten stimmen in der Beurteilung der in Oberschlesien vorgekommenen Unruhen vollständig überein. Die von den alliierten Mächten zu treffenden Entscheidungen werden durch die Ereignisse in Oberschlesien in keiner Weise beeinflusst. Die alliierten Mächte werden zu gegebener Zeit zur Lösung der ober-schlesischen Frage schreiten und sich hierbei ausschließlich von dem Ergebnis der Abstimmung und den Festlegungen des Friedensvertrages leiten lassen.“

Der Vertreter Frankreichs: Präsident Le Rond. Der Vertreter Italiens: General de Marinis. Der Vertreter Großbritanniens: Percival.

Die Verhandlungen der Parteiführer.

Oppeln, 9. Mai. (WZ.) Auf Grund des Beschlusses der gestern in Oppeln stattgefundenen Versammlung der deutschen Bevölkerung verhandeln heute die Vertreter der deutschen politischen Parteien mit der Interalliierten Kommission in Oppeln. Die deutschen Parteiführer erließen darauf folgende Bekanntmachung:

Die politischen Vertreter der deutschen Bevölkerung wurden heute von der Interalliierten Kommission empfangen. Dem gestern von der Versammlung auf der Ebene gegebenen Auftrag entsprechend, forderten die politischen Vertreter von der Interalliierten Kommission, den polnischen Zustand in kürzester Zeit mit wirksamen Mitteln zu unterbrechen und mitzuteilen, welche Maßnahmen in dieser Richtung getroffen sind. Die Interalliierte Kommission gab sehr entgegenkommende Erklärungen und wies insbesondere darauf hin, daß von ihr Truppenverstärkungen zur Unterdrückung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien bei dem Vorgesetzten beantragt seien. Außerdem gab sie bekannt, daß der Vorgesetzte in Paris den polnischen Zustand verurteilt und bindend erklärt hat, daß Korfanti durch seinen verbrecherischen Aufstand alle Entschlüsse des Obersten Rates nicht beeinflussen kann. Hoffentlich bleibt es nicht nur bei diesen schönen Zusagen!

Ein Zwischenfall in Oppeln.

Oppeln, 9. Mai. (WZ.) Heute vormittag kam es in Oppeln zu einem bedauerlichen Vorfall. Ein von der Abstimmungspolizei festgenommener Pole wurde auf dem Transport von der erregten Menge vor dem Bahnhof in der Nähe von Forms Hotel erkannt und tätlich angegriffen. Als er eine französische Patrouille um Hilfe anrief und sich als Pole zu erkennen gab, machten die Franzosen ohne weiteres von ihren Schusswaffen Gebrauch und feuerten in die Menge. Ein einarmiger Kriegsanwält wurde getötet und drei Personen schwer verwundet. In der Stadt entstand wegen dieses Vorfalls neue Erregung. Heute nachmittag erließen daraufhin die Vertreter der deutschen politischen Parteien in Oppeln folgende Bekanntmachung:

„Der bedauerliche Übergriff französischer Soldaten heute mittag vor Forms Hotel hat die politische Leitung der deutschen Bevölkerung veranlaßt, bei dem kommandierenden General von Oppeln sofort die Forderung zu erheben, daß den französischen Posten das Schießen verboten wird, solange sie nicht mit der Waffe in der Hand angegriffen werden. Diese Forderung ist bewilligt worden. Die französischen Soldaten dürfen also jetzt nur schießen, wenn sie angegriffen werden. Die Bevölkerung Oppelns wird aufgefordert, die französischen Soldaten unbedenklich zu lassen, damit nicht wieder in den Straßen Oppelns deutsches Blut fließt. Ordner mit weißen Armbinden werden die deutsche Apo in der Aufrechterhaltung der Straßenordnung unterstützen, deren Anordnungen ist im allgemeinen Interesse Folge zu leisten.“

Noch keine Entscheidung.

Paris, 9. Mai. (Gazette.) Der Vorgesetzte teilte im Laufe des Vormittags die Prüfung der Maßnahmen fort, die dazu geeignet sind, die Ordnung in Oberschlesien wiederherzustellen und die Gemüter zu beruhigen. Er beschloß, die Bevölkerung über den tatsächlichen Stand der Grenzregelungsfrage zu unterrichten. Diefelbe unterliegt noch der Prüfung. Keine Entscheidung ist bisher gefallen. Der Vorgesetzte beschloß andererseits einen Schritt bei der polnischen Regierung zu unternehmen, um sie aufzufordern, mit an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten und sich nach Kräften zu bemühen, die polnische Bevölkerung in Oberschlesien zu beruhigen. Der Vorgesetzte hielt es für seine Pflicht, seine volle Anerkennung auszusprechen über die Galtbarkeit und den Opfermut, welche die ver-

bündelten Truppen bei den ober-schlesischen Unruhen bewiesen haben. Wallace mahnte der Sitzung bei. Der Vorgesetzte der Vereinigten Staaten teilte dem Vorgesetzten mit, daß seine Regierung ihn aufgefordert habe, seinen Platz unter seinen Kollegen als halbamtlicher Vertreter der Vereinigten Staaten wieder einzunehmen.

Gegen Briand's Unterstellungen.

In einer halbamtlichen Mitteilung vermahnt sich die deutsche Regierung gegen die Behauptung, der ober-schlesische Aufstand sei durch deutsche Veröffentlichungen veranlaßt worden, und weist darauf hin, daß die „Grenzzeitung“ Korfantis das Alarm-signal zu den Unruhen gegeben hat. Im übrigen zeige die Note, daß man in Frankreich jedes Eingreifen Deutschlands zur Besserung der nach wie vor ersten Lage ablehnt.

Korfantis Anerkennung für die Franzosen.

Da die sonst so betriebsamen deutschen Nachrichtenagenturen über die Stellung der französischen Presse zu den ober-schlesischen Unruhen ausschweigen, ist man genötigt, auf die Versicherungen der eintreffenden französischen Blätter zurückzugreifen. Der „Peuple“ vom 8. Mai berichtet von einem Gespräch, das der Korrespondent des „Petit Journal“ mit Korfanti gehabt hat. Danach hat Korfanti seine Anerkennung den Franzosen dafür ausgesprochen, daß sie „die steilste Neutralität wählten“. Obwohl es also Aufgabe der Interalliierten Kommission ist, für Ruhe und Ordnung in Oberschlesien zu sorgen, erklärte der Polenführer, daß seitens der Franzosen, der stärksten Befehlsmacht, nichts zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in den ersten Aufstandstagen nichts geschehen ist. Da übrigens Korfanti in dem besagten Gespräch bestätigt, daß die Aufständischen bemüht sind, Befehle mit den Befehlstruppen auszuweichen, sind die optimistischen Berichte der Interalliierten Kommission, die von den Leiden der Bevölkerung nichts hört und nichts sieht, leicht verständlich!

Le Rond in Tätigkeit.

Gieschewitz, 9. Mai. (WZ.) Die Presszensur wird von dem französischen Zensur in überaus rigoroser Weise durchgeführt. Stationische Pressestimmen über die Lage in Oberschlesien wurden gestrichen, desgleichen die Aufrufe der deutschen Parteien und des Plebiszitkommissariats.

Deutsche Vorstellungen in Warschau.

Der deutsche Geschäftsträger in Warschau hat dem polnischen Außenministerium eine Note übergeben in der gegen die Solidaritätserklärung polnischer Staatsbeamten verschiedener Ministerien mit den Aufständischen in Oberschlesien Einspruch erhoben wird. Diese hatten bekanntlich

Häusermangel - Wohnungs-katastrophe

Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtags-sitzung stand als erster Punkt der Antrag Dr. Borck (Z.) über die Erhöhung der Dienstauswärtenszuschüsse der Generalsuperintendenten usw. und die Erhöhung der Besoldung für katholische Geistliche. — Ein Antrag Koch (Dnat.) will auch die Bezüge der nebenamtlich angefallenen Konfirmanden erhöhen.

Abg. König-Swinemünde (Soz.): Wir haben bereits in der ersten Beratung die Gründe dargelegt, aus denen wir die Bewilligung ablehnen. Vor allem wird durch die beabsichtigten Zuwendungen die Auseinanderlegung zwischen Staat und Kirche immer mehr verzögert.

Abg. Leib (U. Soz.): Wir lehnen Geldzuschüsse des Staates an Religionsgesellschaften grundsätzlich ab.

Abg. Schulz-Neufeld (Komm.): Wir bewilligen keinen Pfennig für die Bischöfe und die anderen Hausler. (Großer Lärm im Zentrum und rechts. — Präsident Leiner rufft den Redner zur Ordnung.) In dem Augenblick, wo Tausende deutscher Kinder hungern, sollen die Pfaffen sich noch mehr mästen. (Großer Lärm in der Mitte und rechts. — Zweiter Ordnungsruf des Präsidenten.)

Die beantragte namentliche Abstimmung wird am Dienstag vorgenommen werden.

Damit schließt die Besprechung.

In einer großen Anfrage tritt der Abg. Klost (Z.) dafür ein, daß im Interesse des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes die Einfuhrerlaubnis für holländische Speisefarstoffe in ausreichendem Maße weiter erteilt wird. — Da von Regierungsseite eine Antwort nicht erteilt wird, ist die Anfrage damit erledigt.

Es folgt die Beratung der Anträge Conrad (Dnat.) über die Wohnungsnot.

Abg. Meyer-Sollingen (Soz.): Die Binderung der Wohnungsnot kann nur durch den Neubau von Wohnungen erfolgen, wozu aber staatliche Zuschüsse unbedingt notwendig sind. Trotzdem Zuschüsse gewährt werden und Baustoffe seit einem Jahr genügend vorhanden sind, wird wenig gebaut und herrscht im Baugewerbe Arbeitslosigkeit. Die Zuschüsse decken eben nur noch einen geringen Teil der Baukosten. Deshalb muß das ganze Zuschußsystem auf eine andere Grundlage gestellt werden. Der Besitzer muß die Zinsen aufbringen können, denn die Gemeinden können die Liebertuerungskosten auch nicht mehr decken. Jetzt sind die Mieten in den neuen Häusern meist doppelt so hoch wie in den bisherigen Wohnungen. Den Antrag auf

Schnelle Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot

nehmen wir an, aber dem Antrag, der sich gegen die Sozialisierung des Wohnungswesens wendet und die Höchstmietenverordnung beseitigen will, können wir nicht zustimmen. Auch wir sind für ein Reichsmietengesetz, fordern aber für dieses Gesetz die Aufrechterhaltung der Bestimmungen zum Schutze der Mieter. Wir treten ein für die Bergesellschaftung des Wohnungswesens, die nicht unbedingt eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung zu sein braucht. Vordränglich sollten Selbstverwaltungsorgane der Hausbewohner die Wohnungen in eigene Bewirtschaftung übernehmen, ähnlich wie bei den gemeinnützigen Baugesellschaften. Eine schnelle, planmäßige Aktion der Regierung ist unbedingt erforderlich. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Conrad (Dnat.): Die Höchstmietenverordnung ist schuld an der eisten Lage des Hausbesitzes. Eine Sozialisierung oder Kommunalisierung des Hausbesitzes lehnen wir ab.

Abg. Garndt (D. Sp.): Ein friedlicher Ausgleich der Interessen zwischen Hausbesitzern und Mietern muß gefunden werden.

Staatskommissar für das Wohnungswesen v. Scheidt: Die Schwierigkeiten der Wohnungsnot finden sich nicht nur bei uns, sondern heute in allen Ländern, sogar in den vom Krieg nicht berührten. Die Gründe sind überall die gleichen: Mangel an Baustoffen und finanzielle Schwierigkeiten. Die größte Schwierigkeit liegt auf finanziellen Gebiet. Wir haben sie durch Reichs- und Staatszuschüsse und durch Wiederherstellung der Mieten zu beseitigen versucht. Die Ausschöpfung der Zwangsmittel für das Wohnungswesen würde uns nur phantastische Mieten bringen und Neubauten würden nur in begrenzter Zahl entstehen. Die freie Wirtschaft im

erklärt, den Aufständischen jede materielle und moralische Unterstützung zu leisten. Außerdem wurde gegen das Abwerfen von polnischen Flugblättern durch Flieger in Oberschlesien Protest erhoben und das Verhalten der Warschauer Polizei beanstandet, die bei der Napoleonsfeier nicht einschränkt gegen die Ausschmückung eines Balkons des Festplatzes, die eine schwere Beleidigung Deutschlands darstellte.

Polnisches Militär festgestellt.

Kreuzburg, 9. Mai. (WZ.) In dem Lazarett von Wischen, Kreis Kreuzburg, sind verwundete Insurgenten untergebracht, die Angehörige des 6. und 13. polnischen Grenzregiments sind. Hierdurch ist die aktive Teilnahme regulären polnischen Militärs an dem Aufstand wiederum klar erwiesen.

Ein Lagebericht.

Oppeln, 9. Mai. (WZ.) Die Lage im Aufstandsgebiet muß nach den Meldungen, die bis zum 9. Mai abends vorlagen, nach wie vor als äußerst ernst angesehen werden. Die Erregung in den Industriestädten ist besonders groß unter den zahlreichen Flüchtlingen, die um das Schicksal ihrer zurückgelassenen Angehörigen und ihres zurückgelassenen Eigentums sehr besorgt sind. In Lauban und Hindenburg sind wiederum Verhaftungen zahlreicher deutschgestimmter Personen durch die Aufständischen erfolgt. Aus dem Kreise Larnowitz wird die Beschlagnahme von Fahrrädern und großer Mengen Spiritus durch die Aufständischen gemeldet. Die Zwangsaushebungen dauern noch an, doch haben vielfach schon polnisch gestimmte Oberschlesier versucht, sich diesen Aushebungen zu entziehen. In der Stadt Kattowitz wurde von polnischen Insurgenten ein Kraftwagen geraubt. In der Stadt Gleiwitz durchzogen bereits Kraftwagen mit polnischen Bewaffneten ungehindert die Straßen. Der Bahnhof Randzin ist infolge der zähen Verteidigung durch italienische Truppen bisher nicht besetzt worden, dagegen fielen die Bahnhöfe in Leschnitz und Thule in die Hände der Aufständischen. Infolge der Besetzung des letztgenannten Bahnhofs durch die Polen ist der Verkehr auf der Strecke Kreuzburg—Oppeln unterbrochen.

Für die Deutschen in Oberschlesien.

Die Landtagsfraktion an die Staatsregierung.

Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat heute folgende große Anfrage der Abgeordneten Siering und Genossen eingebracht:

Durch den Zustand in Oberschlesien ist die dortige deutsche Bevölkerung in schwerer Bedrängnis geraten. Auch besteht die Gefahr, daß neue kriegerische Verwicklungen entstehen. Was gebietet die Staatsregierung zu tun, um solche kriegerischen Verwicklungen zu verhüten und um Leben und Gesundheit der von den polnischen Insurgenten schwer bedrängten deutschen Bevölkerung in Oberschlesien zu schützen?

Wohnungswesen würde uns nicht, wie der Abg. Conrad glaubt, die erlebte Notung bringen. Die private Bauindustrie wird das Risiko nicht tragen wollen, da die Mieten nicht immer hoch bleiben können. Auch würden die Geldverleiher zögern, Geld vorzuschützen. Mit den gegenwärtigen Mitteln, zu denen Preußen 550 Millionen beisteuert, können 20 000—25 000 Wohnungen finanziert werden. Der Bedarf an neuen Wohnungen beträgt pro Jahr dagegen circa 200 000 Wohnungen. Wir können also nur einen Bruchteil des Wohnungszuwachses finanzieren. Allen Wünschen und Forderungen steht der Mangel an Geld entgegen. Die Wohnungsnot kann

nicht ohne die Steilungslage

auf dem Lande behoben werden. Wir dürfen deshalb nicht in den Städten drauf los bauen.

Abg. Kay (Komm.): Das Wohnungsproblem kann mit dem jetzigen System nicht gelöst werden. Mit dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wollen die Hausbesitzer nur eine Gelegenheit zur weiteren Ausbeutung des Proletariats.

Abg. Freund (U. Soz.): Das Reichsmietengesetz darf nicht aufgehoben werden. Der deutsch-nationale Antrag will nur den Vermietern Schutz gewähren. Die Mieter interessieren die Deutschen nicht. Die Rede des Regierungsvertreters war eine Verbeugung nach rechts. In der Sozialisierungskommission hat ein Herr, der jetzt preussischer Minister ist, bestritten, daß es überhaupt eine Wohnungsnot gäbe! Weiter hat derselbe Herr den Wohnungslosen den Rat gegeben, sie sollten nach Art der amerikanischen Farmer in die Elmberger Heide ziehen und sich dort ein Häuschen zusammenzimmern. (Zurufe: Ungehört!) Die bisherigen Wohnungszuschüsse sind zu gering, als daß sie wirken könnten.

Abg. Dr. Berndt (Dem.) tritt für einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Hausbesitzer und der Mieter ein. Die privaten Bauunternehmer arbeiten billiger als die Baugesellschaften. (Widerpruch b. d. Soz.)

Abg. Codendorf (D. Sp.): Vom grünen Tisch ist keine Lösung zu erwarten. Den Hausbesitzern müssen die notwendigen Mittel zur Instandsetzung der Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Was die Mieteneinigungsämter betrifft, so müßten sie den öffentlichen Berichten angegliedert werden.

Staatskommissar Scheidt: Es sind 3 Milliarden an Zuschüssen gegeben worden und an Wohnungen wurden seit 1919 75 000 in Preußen hergestellt. Die öffentlichen Mittel werden reiflos für den Wohnungsbau verdrahtet.

Geheimrat Kügler: Damit die Gemeinden die erhöhten Ausgaben decken können, müssen sie auf die Grundsteuer zurückgreifen. Diese soll aber abgemildert werden. Leider ist es unermesslich, daß eine gleichmäßige Verteilung bei der Erhöhung der Grundsteuer auf die Mieter erfolgt. Die Angliederung der Mieteneinigungsämter an die Amtserichte scheitert an finanziellen Schwierigkeiten.

Abg. Deereberg (Dnat.): Wir gehen im Wohnungswesen einer Katastrophe entgegen. Mindestens müssen die schwersten Mängel beseitigt werden. Die Wohnungsfrage kann nicht losgelöst werden von der allgemeinen Frage der Volkswirtschaft.

Die Anträge gehen an den Wohnungs- und Siedlungsausschuß. Es folgt die Beratung des Antrags Dr. v. Krause (D. Sp.), noch vor der Feststellung des

provisorischen neuen Ortsklassenverzeichnisses

im Reichsrat dem Landtag Kenntnis zu geben, nach welchen Gesichtspunkten die von dem preussischen Staatsministerium für die preussischen Orte erfolgenden Vor schläge gemacht sind. — Zugleich damit wird ein Zentrumsantrag beraten, bei der endgültigen Festlegung des Ortsklassenverzeichnisses die besonderen Leuzungs-verhältnisse der kleineren Orte zu berücksichtigen, die Zahl der Ortsklassen auf drei zu vermindern und das endgültige Gesetz pünktlich am 1. Oktober 1921 in Kraft treten zu lassen.

Abg. Dr. Steffens (D. Sp.) begründet den Antrag von Krause. Nach kurzer Aussprache gehen die Anträge an den Ausschuß für das Beamtenwesen.

Das Haus vertagt sich um 1/7 Uhr auf Dienstag, 1 Uhr: Kamentliche Abstimmung über Erhöhung der Besoldung der Geistlichen, Oberschlesien, kleine Vorlagen.

Gewerkschaftsbewegung

Die beste Methode der Gewerkschaftszertrümmerung.
Kampf zwischen KAPD. und Unionisten.

Der Verfall der „Bereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“ ist unaufhaltsam. Die neueste Nummer der „Freien Arbeiter-Union“ (Sich Gelsenkirchener) greift in bester Weise die diktatorischen Methoden der kommunistischen Reichsgewerkschaftszentrale an und die ganze Geschäftsleitung der „Union“ erklärt ihren Austritt aus der KAPD. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff! Unter den Ausgetretenen befinden sich die im Ruhrgebiet vielbekanntesten kommunistischen „Größen“ A. Bartels, S. Witt, R. Wagner, R. Herrmann, A. Hammer. Der angeblich „einzige“ Grund des Austritts ist die verschiedene Beantwortung der Frage: „Wie zerstören wir die Gewerkschaften?“ Mit erfreulicher Offenheit bekennet das unionistische Blatt:

„Der Standpunkt der KAPD. in der Gewerkschaftsfrage ist bekannt. Sie will die Gewerkschaften erobern (durch Zellen- und innerhalb der Gewerkschaften), um sie zu Klassenorganisationen umzugestalten. Der Standpunkt der Freien Arbeiter-Union ist der der Zertrümmerung der Gewerkschaften!“

Werk auch das, Arbeiter und Arbeiterinnen, die „Union“ will die Proletarier „vereinen“, indem sie dem Proletariat seine mit großen Opfern aufgebauten Gewerkschaften zertrümmernd! Wenn das der „Union“ gelänge, die Kapitalisten würden jauchzen vor Freude! Zum Glück haben weder die Zellenbauer der KAPD., noch hat das Feldgeschrei der Gewerkschaftszertrümmerer: „Heraus aus den Gewerkschaften!“, den von allen kapitalistischen Interessenten und Helfershelfern sehnlichst erwarteten Erfolg gehabt. Das gesteht die unionistische Führer(Bonzen)schaft selbst tiefdemutig ein. In ihrem an die Zentralleitung der KAPD. (Berlin) gerichteten Schreiben wird zugegeben:

„Die letzte Aktion (gemeint ist der wahnwitzige Ostermarsch) zeigt uns, daß die kommunistischen Zellen beispielsweise im Bergarbeiterverband nicht in der Lage gewesen sind, die Aktion gegen den Willen der Gewerkschaftsbureaus zu erzwingen. Sie haben auf der ganzen Linie versagt!“

Dieses Eingeständnis ist den unionistischen Bonzen gewiß sehr sauer geworden, nachdem sie seit Monaten den Untergang „beispielsweise“ des Bergarbeiterverbandes prophezeit haben. Dieser Zeit seines Lebens schon so oft „totgesagte alte Verbands“ veröffentlicht gerade jetzt seine Abrechnung für das Jahr 1920. Danach vereinbarte der „sterbende“ Verband allein an Mitliederbeiträgen über 35 Millionen Mark, gegen 12 1/4 Millionen Mark im Vorjahre. Die Gesamteinnahme betrug über 37 Millionen Mark gegen 13 im Jahre 1919. Das Gesamtvermögen stieg von 14,97 auf 35,55 Millionen Mark. Das sieht freilich nicht nach „Sterben“ aus und man begreift darum sehr wohl, daß die Unionisten schwer betrübt sind über das Vergehen der Zellenbauer „auf der ganzen Linie“. Daß „beispielsweise“ die Bergarbeiter sich nicht als Schlachtopfer für die „kommunistische Zentrale“, deren Weg, wie ihr früherer Leiter Herr Dr. Bepi nachgewiesen hat, über Arbeiterleichen geht, mißbrauchen sehen, stellt dem Verstand der Kumpels ein gutes Zeugnis aus.

Welchen Kalibers die Unionistenbonzen sind, beleuchtet die Tatsache, daß sie mit der Zentrale der KAPD. in Streit geraten sind über die beste Methode der Gewerkschaftszertrümmerung! Nachdem die Zellen auf der ganzen Linie versagt haben, verlangt die „Union“ die parteioffizielle Anerkennung der KAPD. für die Parole: „Heraus aus den Gewerkschaften!“ Dadurch sei die Gewerkschaftszertrümmerung am sichersten zu erreichen. Die KAPD. beharrt darauf, durch ihre Zellen die Gewerkschaften zu beeinflussen; sie hat ein viel geringeres Interesse an der „Union“, deren Bonzen wieder ihr besonderes Interesse haben. Ja, die KAPD. fordert auch den Zellenbau innerhalb der „Union“! Wir erfahren aus deren Zeitung, daß von der KAPD.-Zentrale (Berlin) in Duisburg eine Sonderkonferenz von 24 Unionsvertretern abgehalten wurde, die sich gegen die Unionsparole entschied. Die „Union“ behauptet, dieser Beschluß sei eine Fälschung, man arbeite in der KAPD. mit Lug und Trug. Lassen wir die kommunistisch-unionistischen Wahrheitsfänger sich gegenseitig als Fälscher beschuldigen, für uns genügt die Feststellung, daß beide Seiten sich darum streiten, wie die Gewerkschaftszertrümmerung am ehesten zu erreichen ist.

Nicht um die Frage, wie das Proletariat am schnellsten auf der ganzen Linie gegen das vereinigte Kapital zu organisieren sei, nicht darum ist der Kampf zwischen der kommunistischen „Union“ und der KAPD. entstanden. Sie streiten sich um die beste Methode der Gewerkschaftszertrümmerung! Ein Schauspiel, das jedem Kapitalisten das Herz im Leibe lachen machen muß. Jeder Arbeiter, in dem auch nur ein Funken proletarischer Solidarität glüht, wird sich mit Abscheu von diesen bewußten Helfershelfern des Kapitalismus abwenden. Die Zellenbauer haben auf der ganzen Linie versagt, zum Heile der Arbeiterschaft. Auf die nunmehr mit „neuer revolutionärer Wucht“ hinausgeschmettete Unionsparole:

„Heraus aus den Gewerkschaften!“ muß jeder ehrliche Proletarier antworten:

Hinein in die freien Gewerkschaften!

Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes.

Der Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes ist von der Reichsregierung dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur verfassungsmäßigen Begutachtung zugeleitet worden. Das kommende Gesetz soll durch Verteilung der Arbeit nach dem Grundsatz wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und sozialer Gerechtigkeit einer Lebensfrage unseres Volkes gerecht werden. Planmäßig soll die Organisation des Arbeitsnachweiswesens von den örtlichen Arbeitsnachweisen als Gemeindeeinrichtungen ausgehen, denen für größere, wirtschaftlich zusammenhängende Bezirke Landesämter für Arbeitsvermittlung übergeordnet sind, die wiederum ihre sachliche Spitze im Reichsamt für Arbeitsvermittlung finden.

Um die Arbeitsvermittlung einheitlich zu gestalten, ist vorgelesen, die bestehenden Formen der Arbeitsnachweise in die allgemeine Organisation einzugliedern oder sie in zweckmäßiger Form anzugliedern. Dies gilt für die paritätischen Facharbeitsnachweise von Annahmen, Landwirtschaftskammern und gemeinnützigen Vereinen. Die gewerkschaftlichen Stellenvermittlung soll unter Gewährung einer längeren Uebergangszeit aufgehoben werden.

Wesentliche Bedeutung ist der Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den verschiedenen Arten der Arbeitsnachweisdienste beigemessen, die besonders in den Facharbeitsdiensten stark ausgebildet ist. Der Benutzungszwang ist im Entwurf nicht vorgelesen, sondern lediglich die Einführung einer Meldepflicht für alle offenen Stellen den Ländern freigestellt.

Die Kostendeckung ist in Verbindung mit der Arbeitslosenversicherung derart beabsichtigt, daß je ein Drittel der Kosten der Arbeitsnachweisdienste von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringen sind, während das übrige Drittel aus öffentlichen Mitteln bestritten werden soll.

Lohnbewegung der Leitergerüstbauer und Rutscher.

In der am 6. Mai einberufenen stark besuchten Branchenversammlung der Leitergerüstbauer und Rutscher berichtete S y d o w über die stattgefundene Verhandlung mit den Arbeitgebern, in der diese behaupteten, daß jetzt Lohnforderungen gestellt werden. Urlaub zu gewähren, lehnen sie ab, bis derselbe durch das Arbeitsministerium bzw. durch ein Gesetz des Reichstages gesichert wird. Als ungeheuerlich bezeichneten sie die Forderung nach § 618 BGB. Der von den Arbeitgebern aufgestellte Tarifvertragsentwurf läßt jedes soziale Verständnis vermissen, was Unwillen erregte, um so mehr, als diese Berufsgruppe eine schwere und lebensgefährliche Tätigkeit ausübt. Die Lohnkommission wird beauftragt, mit den Arbeitgebern nochmals in Verhandlung zu treten, würden sie sich weiter ablehnend verhalten, dann sind die Kollegen entschlossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln ihre Forderungen zu erkämpfen.

Anschließend erfolgten einige Re w a h l e n, die des Kollegen S y d o w als Branchenberater und die der Kollegen S a a r y, W i t t und S c h w a l o w s k i als Delegierte für die örtlichen Generalversammlungen.

Eine feine Firma ist die G. m. b. H. Peddinahaus Sebatow Behrenmann, Jnd. Herr Goldstein, Zimmerstr. 72/74. Die Angestellten werden laut Vertrag nicht nach dem Tarif bezahlt, ein Vertriebsausfluß besteht nicht, obwohl die Firma etwa 33 Angestellte hat. Ueberstunden sind an der Tagesordnung, werden jedoch niemals vergütet. Wegen es Angestellte hierüber ein Wort zu verlieren, so wird ihnen anheimgestellt, „die Konsequenzen zu ziehen“, eine Drohung, die ebenso wie Vortrüge über unsere schlechte Wirtschaftslage ein bestes Mittel zur Einschüchterung der Angestellten ist. Herr Heidendeich, von Goldstein mit großen Vollmachten ausgestattet, bezieht einen Ton einzufließen, in Vergleich zu dem der Kaiserhof eine Mädchenschule ist. Beleidigungen, die eine schwere Verletzung des § 185 St.-G.-B. bedeuten, sollen unaufhörlich, durch antilematische (Oh, Arter Heidenreich!) Anpöbeleien geschmackvoll abgelöst. Den Angestellten wurde befohlen, beim Eintreten des Chefs und seiner Vertreter — sich von den Plätzen zu erheben. Gelegentlich wagte es die Firma, jüngeren Angestellten Urlaub von — 1 bis 4 Tagen anzubieten. Es ist höchste Zeit, daß eine Stelle, der die G. m. b. H. mehr Respekt als dem Betriebsrätegesetz entgegenbringt, gründlich und nachdrücklich in das Treiben dieser sauberen Firma hineinkläutet.

Die Kohrleger hatten am 4. Mai eine Branchenversammlung, in der die Kohrleger über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtete. Zum erstenmal wurde über einen für die Kohrleger und Kohrleger gemeinsamen Tarifvertrag verhandelt, was die Arbeitgeber dazu benutzen wollten, die verschiedenen Mängel beider Tarife zu vereinen, deren gute Seiten aber auszuschalten. So ist die von den Kohrlegern längst überwundene Klfordarbeit im Kohrlegertarif noch enthalten, weshalb sie auch den Kohrleger wieder aufgegeben werden soll. Trotz der ungünstigen Konjunktur im

Gaugewerbe dürften sich die Kohrleger keinen ungünstigeren Tarifvertrag aufdrängen lassen. In der Diskussion betonte der Branchenleiter der Kohrleger die Ablehnung des Klford. — Bei der Ersatzwahl zur Agitationskommission wurde die Geschäftsführung beanstandet und die Wahl wiederholt. Wie notwendig es ist, bis zum Schluß der Versammlung auszuharren, zeigte das Einbringen einer Entschließung für Wag Ziese, die in das Ausschlußverfahren gegen denselben eingeleitet.

Konditorpersonal. Die Konditorei Hübner, Charlottenburg, Spandauer Berg 23, ist für das organisierte Personal gesperrt. Herr Hübner, der als Vorstandsmitglied an den Tarifverhandlungen teilnahm, weigert sich, die tariflichen Bestimmungen einzuhalten. Bei 12- bis 16stündiger Arbeitszeit zahlt er ungefähr die Hälfte des tariflich festgesetzten Lohnes. — Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Transportarbeiterverband. Der Streik im Nahrungsmittel-Großhandel ist beigelegt. Die Arbeit wird am Dienstag früh wieder aufgenommen.

Streik der englischen Schiffsköche und Kellner.

Die Köche und Stewards der englischen Schiffe haben sich geweigert, wegen der Herabsetzung um fünfzig Schilling pro Monat auszufahren. Fünf Frachtdampfer sind deswegen im Hafen von Liverpool liegen geblieben.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

Die konstituierende Sitzung des Betriebsrates durch den Wahlvorstand kann während der Arbeitszeit abgehalten werden und die Zeit ist vom Arbeitgeber zu bezahlen. So hat der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin (Mitteilungen: 17101/S. 20. Nr. 12. 8.) entschieden. Der Entschluß lautet:

„Die Firma wird verpflichtet, den Mitgliedern des Wahlvorstandes den Lohn für die aufgewendete Arbeitszeit für die konstituierende Betriebsratsversammlung zu bezahlen. — Begründung: Die Verpflichtung ist nach § 24 des BRG. gegeben.“

Betriebsrätebilanz und Vierteljahrsbericht. Die Betriebsräte haben nach §§ 71 und 72 des Betriebsrätegesetzes das Recht auf vierteljährlichen Geschäftsbericht und auf Vorlegung der Bilanz nebst Erläuterungen. Auskunft und Bezeichnung über alle diesbezüglichen Fragen erteilt die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale in der eigens dazu eingeführten Sprechstunde: Dienstags von 4 bis 6 Uhr im Bureau, Engelauer 15, 2. Hof, 1. Stock.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche Apothekenarbeiter. Die für den 10. Mai einberufene Versammlung bei Passer findet erst am 24. Mai statt.

Freie Lehrgewerkschaft. Mittwoch 4 Uhr hinter der Garnisonische Bombardierung, 1/2 Uhr Oberratskonferenz.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Wack, Berlin. Verlag: Hermanns-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Berlag G. m. b. H., Berlin. Verlagsanstalt: Sauer & Co., Berlin, Lindenstr. 3, 1. Stock.

für Herren- und Damen-Bekleidung
„Neu eiten“ engl. Homespun
Foult, Kammgarn, Garbadine
Velour de laine, Tuche
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark
G. m. b. H.
Stoffe
Tuch-Lager Koch & Seeland
Gegr. 1893 Gertraudenstraße 20-21 Gegr. 1893

Leder oder Gummi?

Tragen Sie versuchsweise einen Leder- und einen Continental-Gummi-Absatz. Sie werden finden, daß letztere jeden Schritt wohlthuend beeinflusst, eine erheblich längere Lebensdauer hat und sich daher im Gebrauch billiger stellt. Tragen Sie deshalb

Continental
Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Der kleidsame Anzug aus Homespun

Herren-Sakko-Anzüge, Machart wie nebenstehend, von Mk. 900.—

Herren-Sport-Anzüge mit Breeches-Hosen von Mk. 850.—

Jünglings-Sacco-Anzüge in Herren-Schnitt von Mk. 675.—

Knaben-Falten-Anzüge von Mk. 350.—

Schlüpfer / Raglans / Sport-Paletots

Weisse Flanell-Beinkleider M. 125.— bis 300.— / / / Ruder-Jäcker M. 325.—

Esders & Dyckhoff

BERLIN · C · 19 · GERTRAUDTENSTR. 8-9

